

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 76 000 Mark.
In den Ausgabestellen monatlich 74 000 Mark. Bei Postbezug
monatlich 81 670 Mark. Unter Streifenband in Polen monatlich 130 000 Mark, in Deutschland
u. Danzig 15 000 000 Mark. — Einzelnummern 5000 Mark, Sonntagsnummern 6000 Mark.
Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung od. Aussperrung hat der
Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitg. od. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 30 mm breite Kolonelleiste 2000 Mark, für
die 90 mm breite Reklamezeile 10000 Mark. Deutschland
und Freistaat Danzig 100 000 bzw. 500 000 deutsche Mark. — Bei Platzanweisung und
schwierigerem Satz 50 % Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur schriftlich
erbeten. — Offerten und Aufstellungsgebühren 5000 Mark. — Für das Erscheinen
der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postfachkonten: Stettin 1847, Posen 202 157.

Nr. 222.

Bromberg, Sonnabend den 29. September 1923.

47. Jahrg.

Polen und der Völkerbund.

Eine polnische Stimme der Vernunft.

Die beiden Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag, die in der Niederlagefrage und in der Frage der Staatsangehörigkeit der sogenannten „Geburtspolen“ uneingeschränkt zugunsten der deutschen Minderheit in Polen abgegeben wurden, haben in der polnischen Presse, soweit diese sich nicht in ein verlegenes oder vorsichtiges Schweigen hüllte, ein Echo gefunden, das wir an dieser Stelle wiederholt verurteilen müssen, weil es den Grundforderungen der Gerechtigkeit widerspricht und geeignet ist, das Ansehen und die Einflußmöglichkeiten der polnischen Republik in der internationalen Welt aufs höchste zu gefährden.

Heute sind wir in der Lage, einen polnischen Zeitungsartikel übersehen zu können, der sich aller hasserfüllten Phrasen enthält und seine Warnungen an die Türen im Lande sachlich und durchaus treffend begründet. Vor allem steht dieser Auffass der Pöbeler „Republika“ (Nr. 257 vom 26. d. M.) mit der Forderung der reaktionären und eines Teils der übrigen Presse aneinander, in der — ohne die Folgen zu überdenken — der Austritt Polens aus dem Völkerbund verlangt wird. Wir geben nachstehend den mutigen Artikel im Wortlaut wieder:

„Sobald der Völkerbund irgend etwas beschließt, was dieser oder jener polnischen Partei nicht gefällt, wird gleich bei uns die Forderung aufgestellt, daß Polen zum Zeichen des Protestes aus dem Völkerbund austreten solle. Derartige Ratschläge kamen bis jetzt aus dem Lager der Reaktion, und dort waren sie durchaus verständlich.“

Der Völkerbund, der trotz seiner Mängel immerhin eine Institution ist, die Streiftigkeiten zwischen den Staaten und den Nationalitäten mildert, ist ein Dorn im Auge der Reaktion. Diesmal aber wurde der Gedanke des Austritts aus dem Liga auch von einer Zeitung aufgenommen, die sich zum fortschrittlichen Lager zählt. Dies ist schon weniger verständlich, und darum verdient ein solches Projekt, wenn es auch nur in bedingter Form und im Eifer der Polemik aufgestellt wurde, eine Besprechung. Der Publizist des „Kurier Poranny“ (das Pilsudski nahestehende „Belvedere-Organ“) beklagt sich über den Völkerbund wegen der neuen Wendung in der Wilnaer Frage.

Die Wiederaufnahme des Wilna-Problems durch die Völkerbundsammlung des Völkerbundes in der Form, daß sie dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag übergeben werden solle, konnte nur eine Folge nach sich ziehen: den Austritt Polens aus der Liga und die endgültige Ablehnung der Zulassung der Jurisdiktion des Saager Schiedsgerichtes in Fragen, welche die Souveränität Polens antasten.“

Muß denn die Linke tatsächlich den Austritt Polens aus dem Völkerbund empfehlen, sogar dann, wenn der Schiedsgerichtshof den Beschluß fassen würde, die Wilnaer Frage einer Revision zu unterziehen? An dem Beispiel Italiens haben wir gesehen, daß sogar der Diktator Mussolini, ein Reaktionsär und Chauvinist, sich nicht entschlossen hat, aus dem Völkerbund auszutreten, wobei er als direktes Mitglied der alliierten Staaten nur das zu erreichen vermochte, daß der italienisch-afrikanische Konflikt durch den Völkerbundrat entschieden wurde. Offenbar erfordert die elementarsten Interessen sogar einer einflussreichen Macht das Verbleiben bei der Liga. Um so weniger kann sich Polen den Austritt aus der Liga leisten.

Die Bildung des Völkerbundes ist ein unzertrennbarer Teil des Versailler Traktats, dem Polen seine Unabhängigkeit verdankt. Was die Souveränität anbetrifft, so hat der Völkerbund einen Teil der Souveränität nicht allein Polen, sondern allen anderen Mächten genommen; denn bei Wahrung der vollkommenen Souveränität durch jeden der Staaten besonders, ist eine internationale Institution mit realen Kompetenzen undenkbar.

Die Sprengung des Völkerbundes wäre der erste Schritt zur Revision des Versailler Traktats.

und seine Sprengung durch Polen würde den Anspruch dazu geben, die durch uns auf Grund des Traktats erworbenen Rechte in Frage zu stellen. Was der Völkerbund für Polen ist, kann man sich leicht vergegenwärtigen, wenn man einen der Artikel des Minoritäten-Abkommens zwischen der Entente und Polen durchliest. Art. 12 dieses Traktats, der sich auf die vorigen Artikel bezieht, welche die Rechte der nationalen Minderheiten garantieren, lautet, daß Polen damit einverstanden ist, daß die betreffenden Bestimmungen eine Verpflichtung von internationaler Bedeutung darstellen und unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden. Würde also Polen aus der Liga austreten, so würde diese nicht aufhören, sich auch weiterhin der Minderheiten in Polen anzunehmen, mit dem Unterschied jedoch, daß, während Polen jetzt ein Objekt der Tätigkeit der Liga als ihr Mitglied ist, es nur ein Objekt dieser Aktion wäre, wobei seine elementarsten Interessen empfindlichen Abbruch erleiden würden.

Was die Wilnaer Frage in ihrer neuen Phase anlangt, so muß die Linke in der Tat alles tun, was in ihrer Macht steht, das Verhältnis zwischen den einzelnen Bürgergruppen auf Grund gegenseitigen Einverständnisses innerhalb des Staates festgelegt wird. Wenn aber die Reaktion durch ihre kurzsichtige Kritik die Konflikte auf das internationale Forum trägt, so kann die Linke vor diesem verderblichen Schritt nur warnen. Der Pariser Akt in der Frage unserer Ostgrenzen hatte als Voraussetzung, daß wir die gegenüber den nationalen Minderheiten eingegangenen Verpflichtungen innehalten. Wenn also die Regierung dies nicht versteht, und halt diese Verhältnisse zu mildern, sie absichtlich verschärft, so muß gegen diese verderbliche Politik eine einige

Stimme des Protestes der ganzen Demokratie erschallen. Sehr beunruhigend ist auch das Schicksal Ostgaliziens, da die Notwendigkeit, diesem Gebiete die Selbstverwaltung zu geben, noch entschiedener im Pariser Akt unterstrichen wurde. Mit Recht stellt der „Kurjer Włocławski“ diese Frage erneut zur Diskussion. In der Aussprache des neuen durch den Minister Głabinski auf dem Gebiete des Bildungswesens eingeschlagenen Kurses der Internationalisierung schreibt der Autor: Es ist nicht schwer, zu erraten, woher die Muster für das gegenwärtige System geschöpft worden sind.“ Zusammenfassend appelliert der Autor an die Volksgemeinschaft gegen derartige Gelüste, welche

die polnische Kultur in Verruf

bringen, Protest zu erheben. Bis jetzt ahnte die Chijena in ihrer Internationalisierungspolitik außer den zaristischen Mustern mit Vorliebe auch bolschewistische Muster nach. Jetzt hat, wie man sieht, auch die Sowjetregierung eingesehen, daß eine zwangsweise „Reinigung“ eines von verschiedenen Nationen bewohnten Landes geradezu entgegengesetzte Ergebnisse zeitigen müßte. Der Ausdruck zur Umkehr zu einer gewissen Toleranz gegenüber den Nationalitäten ist die Änderung des administrativen Aufbaues, der Polen durch die Note anempfahlen wurde. Diese Note wurde — entgegen ihrer wirklichen Tendenz — durch einen Teil unserer Presse als eine Wendung nach der Richtung der Zentralisation dargestellt. Demgegenüber kommentieren antibolschewistische Elemente, die die Verhältnisse näher kennen, wie folgt: „Mit der Einführung des Föderativsystems — so heißt es in einer dieser Redaktionen — entstand in Rußland eine vollständig veränderte Situation in der Nationalitätenpolitik. Wenn ursprünglich die einzelnen Nationalitäten sich über Tendenzen der kommunistischen Zentralbehörden zur Russifizierung beklagen konnten, kann gegenwärtig hiervon keine Rede sein. In der Ukraine z. B. wurde in sämtlichen sozialen Institutionen die ukrainische Sprache eingeführt, ähnlich verhält es sich mit Grusen, Aserbeidschan, in Weißrußland usw. Die Sowjetbehörde hat sich auf ihre Art eines der stärksten Motive zunutze gemacht, die im Lager der Rechtsgruppierungen, der Menschewiki, wirkten, das Nationalgefühl und die separatistischen Tendenzen der einzelnen Randgebiete. Die Sowjets haben dieses Moment so wirksam ausgenutzt, daß z. B. die tatarische radikal-nationalistische Partei Mussawat sich auflöste, da alle ihre Ideale bereits verwirklicht worden seien. Auf diese Weise gelang es den Sowjetbehörden, den Menschewiki die gefährlichste Waffe zu entreißen.“

Dieses Beispiel ist überaus lehrreich, nicht deswegen, daß es die Bolschewisten haben, sondern deshalb, weil sogar die Bolschewisten im eigenen Interesse und, vielleicht gegen ihren Willen, mit dem Strom mitgehen mußten. Die russische Demokratie hat schon längst eine Resolution gefaßt, daß sie sich das neue Rußland nur als föderativen Staat vorstellen könnte. Die polnische Demokratie darf daher nicht für den Austritt Polens aus dem Völkerbunde agitieren, sondern für eine solche Politik, mit der Polen als Mitglied des Völkerbundes anderen Völkern als Muster dienen kann. So und nicht anders hat sich Mickiewicz die Rolle Polens gedacht, als er prophezeite, daß mit der Auferstehung des polnischen Volkes die Kriege auf der Welt aufhören würden.“

Die Wahlen zum Völkerbundrat.

Die Entscheidung steht unmittelbar bevor.

Warschau, 27. September. Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß die Wahlen zum Völkerbundrat, die heute stattfinden sollten, auf Sonnabend vertagt worden sind. Diese Tatsache zeigt von dem sich immer mehr verschärfenden Wahlkampf, der sich noch dadurch kompliziert, daß auch Portugal und Persien ihre Kandidaturen angemeldet haben. Nach Gerüchten aus tschechischen Kreisen hat Polen seine Kandidatur zurückgezogen. Polnischerseits werden diese Gerüchte dementiert.

Um einen Sitz im Völkerbundrat bewerben sich in diesem Jahre Belgien, Spanien, Chile, Brasilien, Schweden und Uruguay, die bereits ihre Vertreter im Völkerbundrat hatten. Zum ersten Mal bemühen sich um Mandate Polen, die Tschechoslowakei, Portugal und Persien. Polnischen Meldungen zufolge ist es wahrscheinlich, daß bei den Wahlen Chile durchfällt, dagegen soll Persien deshalb große Chancen haben, weil es der einzige asiatische Staat ist, der seine Kandidatur angemeldet und weil Asien bisher keinen Vertreter unter den wechselnden Mitgliedern des Völkerbundes hatte. Mit Rücksicht darauf, daß Belgien, Spanien, Brasilien und Uruguay wahrscheinlich ihre Mandate behalten werden, wird sich der Kampf um die zwei übrigen Mandate zwischen Schweden, Persien, Portugal, der Tschechoslowakei und Polen abspielen. Auf Grund der vorliegenden Meldungen ist das Ergebnis der Wahlen noch nicht voranzusehen.

Der Völkerbundrat über die Beschwerden der Minderheiten.

Genf, 28. September. (P.M.). In der gestrigen Sitzung des Völkerbundrats wurde u. a. ein Antrag der politischen Kommission angenommen, der die Prozedur der Mitteilung der Beschwerden der Minderheiten zum Gegenstand hat. Hiernach sollen Beschwerden der Minderheiten nur den Mitgliedern des Völkerbundrats mitgeteilt werden. Jedes Mitglied der Liga hat jedoch das Recht, vom Sekretariat zu verlangen, daß die an den Völkerbundrat gerichteten Beschwerden ihm mitgeteilt werden.

Es handelt sich um einen tschechischen und polnischen Antrag, der eine Propaganda der Minderheiten unter den Mitgliedern des Völkerbundes, die nicht Mitglieder des Rates sind, unterbinden soll. Wir möchten jedoch annehmen, daß alle Mitglieder des Völkerbundes, denen man gewisse Dinge verweigern will, gerade in Berücksichtigung dieser nicht zu verbergenden Motive einen Generalantrag an das Sekretariat richten werden, in dem sie um eine künftige Orientierung über etwa eingehende Minder-

Mark u. Dollar am 28. September

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

100 p.M. = 100 000 d.M. 1 Doll. = 175 000 000 d.M.
(Auszahlung Markkau —):

Wiener Börse

1 d.M. = 0,002 p.M. 1 Dollar 319 000 p.M.

heißbeschwerden erlitten. Es ist also anzunehmen, daß gerade der in unserem Lande begründete Antrag das Gegenstück von dem erreicht, was er bezweckt. Er macht Propaganda für die Minderheiten; denn ein politischer Mensch sucht immer gerade das zu erfahren, was man ihm verheimlichen will.

Bayerische Proklamation.

„Der Vertrag von Versailles nicht mehr verbindlich!“

Die bayerische Regierung hat am Abend des 26. d. M. folgenden Aufruf an ihr Volk erlassen:

„Die Reichsregierung mußte sich entschließen, den Kampf, den das deutsche Volk seit dem 11. Januar am Rhein und Ruhr geführt hat, abzubrechen, da die Geldmittel zur Fortführung des Kampfes die Kräfte des Reiches übersteigen. Auch die bayerische Regierung hat dies anerkannt und dem Beschluß der Reichsregierung zugestimmt. Ministerpräsident Dr. von Krieger hat in den Beratungen, die am 25. September in Berlin stattgefunden haben, darüber hinaus und zugleich nachdrücklich hervorgehoben, daß die auch von England anerkannte Rechts- und Vertragswidrigkeit des Ruhrereignisses fortbestehen bleibt und daß diese Tatsache von der Reichsregierung entschieden herausgestellt und zur Grundlage ihres weiteren Verhaltens gemacht werden muß. Der von den Einbruchsmächten gebrochene Vertrag von Versailles dürfte auch von uns nicht mehr als verbindlich angesehen werden. Der Ministerpräsident weiß sich mit dieser Stellungnahme in Übereinstimmung mit dem weitans überwiegenden Teil des bayerischen Volkes, das in Spannung und in timiger Anteilnahme den Kampf an der Ruhr verfolgte und mit tiefer Trauer die Umstände beklagt, die zu seiner Beendigung führten. Die Erschütterung aus dieser Entwicklung ist so stark, daß sie zu Störungen der öffentlichen Ruhe führen kann. Das würde aber nichts nützen, sondern nur Not und Elend noch vermehren. Das Ansehen Bayerns könnte auf das schwerste gefährdet werden. In solcher Lage muß die Staatsregierung die Zügel straff in der Hand behalten. Sie muß solchen Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung begegnen und kann Unverantwortlichkeit keiner Einflüsse auf den Gang der weiteren Verhältnisse einräumen. Sie allein ist verantwortlich. In diesem Bewußtsein ihrer Verantwortung und angesichts der Gefahren, die die gegenwärtige Lage in sich schließt, hat sich die Staatsregierung entschlossen, besondere Maßnahmen zu treffen. Sie hat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung einen besonderen Generalstaatskommissar in der Person des Regierungspräsidenten von Kahr bestellt und ihm die vollziehende Gewalt übertragen. Die Staatsregierung ist entschlossen, auch in der gegenwärtigen schwierigen Lage Volk und Staat zu schützen. Sie richtet an die bayerische Bevölkerung die Aufforderung, sie zu unterstützen, Ruhe und Befonnenheit zu wahren und sich von Unverantwortlichen nicht mißbrauchen und irreführen zu lassen.“

Krieger und die Reichsregierung.

Aus München wird gemeldet: Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Krieger, der am Mittwoch früh aus Berlin zurückgekehrt ist, empfing die Vertreter der Münchener Presse, um ihnen über seine Stellung bei den Beratungen über den Abbau des passiven Widerstandes Mitteilung zu machen. Wie die Münchener neuesten Nachrichten melden, hatte sich Dr. v. Krieger der Auffassung angeschlossen, daß bei der finanziellen Unmöglichkeit und der leider bereits eingetretenen demoralisierenden Wirkung der bisherigen Stützungs-methode der passive Widerstand nicht länger fortgesetzt werden könne. Allein jedoch blieb Dr. v. Krieger mit seiner Ansicht, daß der Beschluß der Einstellung des passiven Widerstandes nicht Gegenstand einer Mitteilung oder einer Note an die Einbruchsmächte sein dürfte, sondern innere Angelegenheit des Reiches bleiben müsse. Er habe in Berlin noch die Hoffnung haben können, daß die weitere Forderung Bayerns in dem Aufruf der Reichsregierung zur Verwendung komme, nämlich die Forderung, daß der Versailler Vertrag als gebrochen zu betrachten sei und daß alle Leistungen ruhen müßten, solange das Reich nicht völlig freie Verfügung über die besetzten Gebiete zurückgewinne. Auch mit dieser Forderung blieb Dr. v. Krieger allein. Schließlich hat der bayerische Ministerpräsident dringend davor gewarnt, in dem Aufruf des Reichstanzlers gleich wieder die Verhandlungsbereitschaft mit den Einbruchsmächten zum Ausdruck zu bringen. Auch in dieser Auffassung fand der Ministerpräsident bei den übrigen Ministerpräsidenten keine Gegenliebe.

Der bayerische Diktator.

Mit der Ernennung Dr. von Kahr zum Generalstaatskommissar sucht die bayerische Staatsregierung der Ausnutzung Hitlers zum Diktator von eigenen Gnaden durch einen Gegenschlag gleicher Art zuvorzukommen, indem sie ihrerseits einen Diktator bestellt und damit den regierungstreuen Bund „Bayern und Reich“, dessen

Ehrenvorsitzender von Rahr ist gegen den „Deutschen Kampfbund“ Hitlers ausgespielt. Aber schon die erste Maßnahme des neuen Generalstaatskommissars: die Anforderung der Reichsmehr und die Unterstellung der gesamten Verkehrsmittel in Bayern unter seine Gewalt, sind zugleich eine ostentative Befundung gegen Berlin, daß die bayerische Regierung der inneren Gefahr gegenüber ein selbständiges Vorgehen für angebracht und geboten hält. Der neue Generalstaatskommissar wendet sich an die Öffentlichkeit mit folgender

Rundgebung:

„In erster Stunde übernehme ich, meiner vaterländischen Pflicht folgend, das Amt des Generalstaatskommissars für Bayern, und meine amtlichen Handlungen werden getragen sein von der heißen Liebe zur bayerischen Heimat, zum deutschen Volke und zum großen deutschen Vaterlande. Ich will mich dabei stützen auf alle Kreise, die deutschen Stammes sind und unserem Vaterlande gleich mir ehrlich dienen wollen. Gegen jeden Widerstand gegen meine Verordnung werde ich meine Machtmittel rücksichtslos einsetzen.“

Lebensbild.

August Richard von Rahr wurde am 29. November 1862 in Weichenburg in Bayern geboren. Er studierte Jura, wurde 1890 Bezirksamtsassessor in Erding und 1895 ins Ministerium des Innern berufen. 1900 wurde er Bezirksamtsamtmann in Kaufbeuren. 1902 erfolgte seine Rückberufung ins Ministerium des Innern, wo er bis 1917 blieb. Er rückte dort in rascher Folge vom Regierungsrat bis zum Ministerialdirektor auf. 1917 wurde er Präsident der Regierung von Oberbayern und am 14. März 1920 bestellte ihn der bayerische Landtag als bayerischen Ministerpräsidenten. Er war bestrebt, die Schreden der kommunistischen Diktaturregierung Reutings und Tölers möglichst schnell durch Wiederherstellung der staatlichen Ordnung und Gewalt auszugleichen. Versuche der Monarchistenpartei, Bayern aufs neue zum Königtum zu proklamieren, scheiterten — trotz der Freundschaft, die ihn mit dem Kronprinzen Rupprecht verband — an seiner festen Haltung. Rahr's politisches Programm ist das der (katholischen) Bayerischen Volkspartei, der er als Proponent angehört: Einheit des Reiches, aber kein Aufgeben Bayerns im Reiche, nicht Unitarismus, aber auch kein Partikularismus, sondern Föderalismus. Im Innern entwickelte Ablehnung einer sozialistischen Regierung oder auch nur eines starken sozialistischen Einflusses. Aber in erster Linie ist Rahr nicht Politiker, sondern Verwaltungsbeamter. Auseinandersetzungen mit der Reichsregierung über die Frage der Entlassung der Einwohnern, wie sie die Entente verlangte, die Rahr ablehnen zu müssen glaubte, und der Umstand, daß er damals nicht genügenden Rückhalt bei der Bayerischen Volkspartei in dieser Frage fand, zwangen ihn am 13. September 1921 zum Rücktritt. Seitdem bekleidete Rahr wieder das Amt eines Präsidenten der Regierung von Oberbayern, bis er in diesen Tagen zum Generalstaatskommissar seines Heimatstaates ernannt und damit von neuem in den Mittelpunkt des politischen Interesses gerückt wurde.

Hitlers Reiterei.

Im „Völkischen Beobachter“, dem Organ der Nationalsozialisten, richtet Fürst Karl Rade an die ehemaligen Kavalleristen einen Appell zur Vereitlung in Reiterkorps der Sturmabteilungen: „Kertig zum Aufstehen! Wer deutsch fühlt und noch ein geistiges großdeutsches Vaterland kennt, der helfe mit, es vor dem Marxismus, dem bolschewistischen Untergang zu retten. Es wäre Reiter, Ulanen und Chevaliers, alle anderen deutschen Reiter, deutsche Jügend, ohne Unterschied der Person, stellt sich bereit für die kommende Zeit!“

Ebenso fordert die Automobilstuppe der Nationalsozialisten zur Indienststellung von Automobilen und Kraftfahrern auf.

Ausnahmezustand im Reich.

Gehler übernimmt die Gewalt!

Berlin, 27. September.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung bestimmt zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet, daß die Artikel 114, 115, 117, 118, 124 und 153 der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft gesetzt werden.

Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechegeheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister Gehler, der die Militärbefehls-habern übertragen kann. Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiet der Zivilverwaltung Regierungskommissare ernennen.

Für Zuwiderhandlungen gegen die im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers werden schwere Freiheits- und Geldstrafen angedroht; wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, wird der Täter mit dem Tode, bei milderen Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Die im Strafgesetzbuch mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind. Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsjustizminister außerordentliche Gerichte zu bilden. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Die Reichsregierung fordert die Aufhebung der bayerischen Verordnung.

Berlin, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Im Laufe des gestrigen Abends fand eine Kabinettsitzung statt. Wie der „Völkische Beobachter“ erzählt, bestand innerhalb der Reichsregierung die Absicht, die bayerische Regierung zu veranlassen, den über Bayern verhängten Ausnahmezustand zurückzunehmen, nachdem die Reichsregierung selbst über ganz Deutschland den Ausnahmezustand verhängt hat. Es ist anzunehmen, daß dieser Wunsch der bayerischen Regierung zur Kenntnis gebracht wurde.

Nach der Reichsverfassung sind durch die Erklärung des Ausnahmezustandes für das ganze Reich die Notverordnungen Bayerns hinfällig geworden. Auch die Diktatur des Herrn von Rahr wäre damit theoretisch beendet. Der verantwortliche Gewalthaber wäre jetzt der Kommandant der bayerischen Reichswehrabteilungen, General von Lossow. Herr von Rahr wurde nicht einmal das Amt eines Zivilkommissars übertragen. Es erscheint als ausgeschlossen, daß die Bayern dieses Vorgehen Berlins ruhig hinnehmen werden, besonders, da auch Herr von Lossow wenig Neigung verspüren wird, gegen Rahr und die gegenwärtige bayerische Regierung vorzugehen. Er würde durch solche Maßnahmen nur dem Radikalismus Hitlers den Weg

freimachen, der durch das feste Auftreten Rahr's bislang noch versperrt wurde.

Der Reichslandbund zur Lage.

Der Gesamtverband des Reichslandbundes hat der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge am 26. September folgende Entschliessung gefaßt:

Das im Reichslandbund organisierte Landvolk nimmt Kenntnis von dem Entschluß der Reichsregierung, den passiven Widerstand aus finanziellen Gründen abzubauen. Der Reichslandbund hat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dahin gewirkt, den Widerstandswillen und die Widerstandsmöglichkeit im besetzten und im unbesetzten Gebiete zu erhalten und zu fördern. Angesichts der durch die Aufgabe des passiven Widerstandes geschaffenen Lage erklärt der Reichslandbund, daß für ihn damit nur eine Änderung der Widerstandsmethode, nicht aber eine Einstellung des Widerstandes selbst eintritt. Frankreich hat, selbst nach dem Urteil Englands, gegen Recht und Vertrag verstoßen; es hat dadurch den Vertrag von Versailles selbst aufgehoben. Eine Anerkennung dieses durch das französische Vorgehen herbeigeführten Zustandes als eines Rechtszustandes ist ausgeschlossen. Dagegen ist festzustellen, daß Deutschland mit Frankreich in einem verträglichen Zustand lebt.

Der Reichslandbund verpflichtet seine Unterverbände und seine Einzelmitglieder ausdrücklich und feierlich, ihre politische und wirtschaftliche Betätigung einzig und allein auf das Ziel einzustellen: Befreiung des Vaterlandes!

Die Forderungen der Landwirtschaft.

Der Gesamtverband des Reichslandbundes brachte bei der Besprechung der außenpolitischen Lage zum Ausdruck, daß von einer deutschen Regierung, die Anspruch darauf erheben wolle, sich auf das Vertrauen der nationalen Kreise zu stützen, in der gegenwärtigen Lage eine Erklärung etwa nachstehenden Inhalts erwartet werde:

1. Wir erklären den § 231 (Sanktionsartikel des Versailler Vertrages) für eine Verleumdung und lehnen alle darauf gestützten Forderungen und daraus gezogenen Folgerungen ab und fordern die zivilisierten Nationen auf, in eine objektive Prüfung darüber einzutreten.

2. Wir erklären, daß der Versailler Vertrag von Frankreich mit Füssen getreten wurde und fordern die zivilisierten Nationen auf, zu der Forderung Stellung zu nehmen, daß der Versailler Vertrag dadurch zerrissen ist.

3. Wir erklären, daß wir infolge der Vorfälle im Reich des Waffenstillstandsvertrages waffenlos geworden sind und deshalb die völkerrechtswidrigen Handlungen Frankreichs nicht abwehren können. Aber wir erklären wiederum vor aller Welt, daß wir nur infolge dessen die durch kein Recht gedeckten Gewalttätigkeiten Frankreichs hinnehmen müssen. Die Verantwortlichkeit des bestehenden rechtlosen Zustandes fällt auf Frankreich und die mit ihm verbündeten Mächte.

4. Hieraus erklärt es sich, daß alle von uns bisher hingeworfenen politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Leistungen und Zugeständnisse (Erfüllungsleistung) keine Sicherungen gegen die französische Vernichtungspolitik geschaffen haben. Da sich an dem Zustande unserer Rechtlosigkeit angesichts unserer Waffenlosigkeit auch durch neue Zugeständnisse und Leistungen nichts ändern kann, so erklären wir, daß alle Verhandlungen mit dem Ziele, durch neue Opfer einen als Frieden zu bezeichnenden Rechtszustand herbeizuführen, mißlingen müssen.

5. Die bisherigen Formen der von Deutschland zur Wahrung seines Rechts unternommenen Abwehr (passiver Widerstand) haben nicht vermocht, Frankreich zur Abkehr von seiner Vernichtungspolitik zu veranlassen. Demzufolge erklären wir, daß zu anderen Methoden zur Wahrung unseres Rechts übergegangen werden muß.

Deutsche Vorschläge an Frankreich?

Berlin, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichskanzler hat gestern die Vertreter der Ententeeregierungen empfangen, um sie über den von der Regierung angeordneten Abbau des passiven Widerstandes offiziell zu unterrichten. Ob die Regierung darüber hinaus bereits in den nächsten Tagen ein offizielles Angebot zur Regelung der Reparationsfrage an die Reparationskommission machen wird, unterliegt nach dem „Völkischen Beobachter“ noch der Entscheidung des Kabinetts. In parlamentarischen Kreisen der Linken herrscht die Auffassung vor, daß die schnelle Beilegung der Vorkriegsfrage in Paris und Brüssel zur Einleitung von Verhandlungen über die Wiederherstellung des Ruhrgebietes und die Regelung der Reparationsfrage durchaus nötig ist. Durch diese Maßnahme dürfte die innerpolitische Krise eine weitere Verschärfung erfahren.

Die Stimmung im Ruhrgebiet.

Erbitterung und Widerstand.

Der Sonderberichterstatter des „Berl. Tagebl.“ berichtet aus dem Ruhrgebiet:

Wie sich die Ruhrbevölkerung nach einem langen Kampf, der reich an stillen Opfern gewesen ist als irgendein blutiger Krieg, sich in diesem Augenblick der Waffenstreckung verhält, die ihm eine lange Knechtschaft bringen wird, ist von historischer Bedeutung. Der schwere Druck der Besatzung ist gerade jetzt besonders empfindlich. Die Welt wird nicht erfahren können, was hier in den Köpfen und Herzen vor sich geht. Voll auswirken wird sich der Entschluß der Reichsregierung erst in den nächsten Wochen. Er ist vielen unerwartet, vielen ganz überraschend gekommen, zum mindesten in der Form, in der er verkündet worden ist.

In den Fabriken wurde die Arbeit fast überall sofort eingestellt. Die Leiter der verschiedenen gewerkschaftlichen Gruppen traten zu vorläufigen Besprechungen zusammen, aber der Meinungsaustausch war allgemein. Der Entschluß hat in der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter tiefe Niedergeschlagenheit und vielfach Erregung hervorgerufen. In einer Reihe von Betrieben wurde beschlossen, auch weiterhin nicht zu arbeiten, sobald die Franzosen in den Betrieb sich einschließen. Die christlichen Gewerkschaften, die in der Arbeiterkraft des Ruhrgebietes eine starke Anhängererschaft haben, sandten noch gestern Abend einen Protest gegen die bedingungslos übergeben nach Berlin. Sehr lebhaft äußert sich die Forderung, nun alles einzusetzen gegen den Abschluß eines Vertrages, der aus dem jetzigen Gewaltzustand einen Rechtszustand machen könnte. Der Gedanke, den Franzosen die volle Verantwortung für den Zustand zu überlassen, den sie durch ihren rechtswidrigen Einmarsch und Art der Okkupation hervorgerufen haben, hat in vielen Kreisen Vertreter, selbst um den Preis einer vorübergehenden völligen Scheidung zwischen Ruhr und dem übrigen Deutschland.

Eine volle Aufnahme der Arbeit gilt allgemein für eine Reihe von Wochen, ja Monaten für ausgeschlossen. Reibungen sind während des über-

ganges gewiß. Es ist ohne Zweifel, daß bei einem Teil der Kommunisten die Abhängigkeit von Paris größer ist, als von Berlin. Die Gefahr eines mindestens vorübergehenden Chaos bleibt bestehen.

Die Verkehrssfrage bleibt im Mittelpunkt. Die Haltung der Eisenbahner ist entscheidend. Es ist schwer, sich die fürchtbare Lage vorzustellen, in der sich die Eisenbahner des Ruhrgebietes in diesem Augenblick befinden. In einer Versammlung sämtlicher Eisenbahngewerkschaften des Ruhrgebietes ist einstimmig beschlossen worden, für Frankreich nicht zu arbeiten. Es soll die Meinungsäußerung der Spitzenverbände erwartet werden und zu ihrer Stellung genommen werden. Es gilt als gewiß, daß die Spitzenverbände der allgemeinen finanziellen Lage des Reiches Rechnung tragen werden. Wie immer die Entscheidung der Ruhrbewerkschaften auch ausfallen wird, es bleibt gewiß, daß sie innerlich nicht verärgert, was ihnen in diesen Monaten angetan ist, es weder können noch wollen.

Die Sieger.

Nach, 27. September. Vor dem belgischen Kriegsgericht hatten sich gestern wegen Beteiligung am passiven Widerstand, insbesondere wegen Auszahlung von Erwerbslosenunterstützungen fünf Herren der Nachener Regierung zu verantworten. Es erhielten Regierungsrat Dr. v. Jecser-Berensberg ein Jahr vier Monate Gefängnis, Regierungssassessor Dr. Janssen ein Jahr sieben Monate Gefängnis, Regierungsrat Dr. Balthausen vier Monate Gefängnis sowie Landrentmeister Oberwinter und Regierungsobersekretär Pieterberg je zwei Monate Gefängnis.

Deutscher Antrag zugunsten der Staatspensionäre.

Warschau, 26. September. In dem zur Beratung stehenden Pensionsgesetz Art. 78 war vorgesehen, daß die Pensionsberechtigten, die in den früheren österreichischen, russischen und preussischen Gebieten als Staatsbeamte gedient haben, nur 75 Prozent der Dienstbeholdung erhalten, während die übrigen Pensionsinhaber nach Art. 14 die volle Beoldung als Pension bis zu 100 Prozent beziehen, wenn sie das entsprechende Alter erreicht haben. Derselbe Artikel soll dem Ministerrat die Berechtigung geben, einzelnen Kategorien als auch Einzelpersonen, die in oben genannten Staaten gedient haben, die volle Pension zu gewähren.

Es wurde in der heutigen Sitzung des Senats durch die Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat ein Verbesserungsantrag Senator Hasbach eingebracht, der verlangt, daß die Beschränkung von 75 Prozent wegfällt und an ihrer Stelle die auf Art. 14 basierende Berechtigung für alle Pensionäre gleichmäßig eingeführt wird. Derselbe Antrag verlangt die Streichung von Absatz 2 und 3 des Artikels 78.

In der Begründung führte der Senator Hasbach aus: „Für Begründung meines Antrages möchte ich erklären, daß solche unbillige Beschränkungen, wie sie der Artikel 78 vorsieht, eine Nichtanerkennung der Verdienste solcher Leute darstellt, welche eine lange Zeit staatliche Beamte waren. Jedes Gesetz muß wohl praktische aber auch ethische Ziele enthalten. Ein solcher ethischer Standpunkt ist vorhanden, denn jeder staatliche Beamte dient der Allgemeinheit und hat dafür das Recht auf eine Emeritur durch diese Allgemeinheit, für die er eine Reihe von Jahren oder sein ganzes Leben lang gearbeitet hat; ganz unabhängig davon, welche Regierung gerade am Ruder ist. Ob dieser Dienst geleistet wurde in dem österreichischen, preussischen oder russischen Gebiete, das dürfte nicht in Frage kommen. Abs. 2 und 3 bitten wir zu streichen. Diese Abschnitte bieten die Möglichkeit, daß in dieser Angelegenheit irgendeine Protektion ausgeübt wird. Damit dies vermieden wird, bitten wir um die Annahme unseres Verbesserungsantrages.“

Die Armeepolitik der polnischen Regierung.

Der den Pilsudski-Kreisen nahestehende „Kurjer Polski“ greift in einem Leitartikel die gesamte Armeepolitik der Regierung an und führt dabei aus, daß die zur Zeit Pilsudskis teilweise erreichte Vereinheitlichung der heterogenen Bestandteile der polnischen Armee in Frage gestellt sei. Die Ernennungen der letzten Zeit hätten auch ein für die Gestaltung des Armeewesens bedrohliches Überhandnehmen von ehemaligen Angehörigen der österreichischen Armee geschaffen, zu denen der Kriegsminister, der Stabschef, dessen Stellvertreter und bereits 6 von 10 Korpskommandeuren gehören.

Wie der „Goniec Krakowski“ meldet, bereitet die Regierung die Entlassung großer Massen völlig überflüssiger Offiziere vor. Es soll sich um 3000 Offiziere und Militärbeamte im Offiziersrang handeln. Das Organ Pilsudskis, der „Kurjer Polski“, meint hierzu, daß die Entlassung der Offiziere auf Grund der Abmachungen zwischen der Chjena und den Platten erfolge. Weitere Kombinationen, sagt „K. P.“ seien völlig überflüssig.

Ein Streik der Staatsbeamten in Sicht?

Wie der „Przeglad Wiczojny“ hört, wurde auf der Beamtenversammlung am 21. d. M., die im Kolosseum in Warschau stattfand, eine zweite Entschliessung angenommen, die von der Gesamtheit der Beamten gestützt wird. Die Entschliessung, die durch das Plenum der Versammlung angenommen wurde, setzt den 6. Oktober als Termin für den Beginn des Streikes fest, falls die Regierung die ihr von dem Zentralkomitee der Staatsbeamten vorgelegten Wünsche nicht erfüllt. In Verbindung damit hat, wie das genannte Blatt weiter erzählt, eine Abordnung von Beamten gestern im Ministerpräsidenten vorgeschlagen mit der Bitte um Gewährung einer Audienz bei dem Premierminister Witos. Sie wurde indessen nicht angenommen mit Rücksicht auf die Krankheit des Ministerpräsidenten. So hängt der Beamtenstreik, wie das genannte Blatt schreibt, gewissermaßen in der Luft.

Rückkehr der Italiener nach Korfu?

Der listige Mussolini.

London, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) Hier sind heute nachmittags Nachrichten eingetroffen, daß die italienische Flotte nach Korfu zurückgekehrt und vor der Stadt vor Anker gegangen sei. Man weiß noch nicht, was das bedeutet. Man ist der Überzeugung, daß Mussolini sein Wort gehalten (!) habe, Korfu zu räumen, inzwischen aber einen guten Rechtfertigungsgrund zu einer Rückkehr nach Korfu entdeckt habe. Vermutlich besteht der Grund in der Regelung der gegenseitigen italienisch-griechischen Ansprüche. Italien beansprucht nämlich Ersatz für die durch die Besetzung entstandenen Unkosten.

Republik Polen.

Tausend Milliarden Ersparnis.

Ein Vertreter der „Agencia Wschodnia“ erhielt von dem Sparkommissar Wojewoden Moskalewski Informationen über die Tätigkeit der Sparkommission. Danach hofft Herr M. Ersparnisse in Höhe von 1000 Milliarden zu machen (für welche Zeit? D. Red.). Die größten Ersparnisse werden in dem Budget des Kriegsministeriums gemacht werden können, weil in dem Budget des Ministeriums für öffentliche Arbeiten. Was die Politik gegenüber neuen Investitionen anbelangt, so erstrebt der Sparkommissar eine Änderung des bisherigen Systems in dem Sinne, daß jeder Ressortleiter seine Projekte dem Finanzminister mitteilt. Darauf soll eine Liste aller angemeldeten Investitionen aufgestellt werden, wonach eine Auslese und Befestigung nicht nach den Gesichtspunkten eines Ressorts, sondern unter Berücksichtigung der Gesamtwirtschaft des Staates und seiner finanziellen Möglichkeiten erfolgt.

Das Beamtenbesoldungsgesetz im Senat angenommen.

Warschau, 28. September. (P.M.) In der gestrigen 32. Sitzung des Senats wurde die Debatte über das Beamtenbesoldungsgesetz fortgesetzt und sodann zur Abstimmung geschritten. Sämtliche eingebrachten Verbesserungsvorschläge wurden abgelehnt, das Gesetz wurde in der Kommissionsfassung angenommen. Im Anschluß hieran wurde auch das Pensionsgesetz ohne jegliche Änderungen verabschiedet.

Aus anderen Ländern.

Austausch: Gibraltar gegen Spanisch-Marokko?

In Londoner politischen Kreisen wird — einer Meldung des „Berl. Postboten“ zufolge — davon gesprochen, daß zwischen der spanischen und der britischen Regierung Verhandlungen über einen Austausch Gibraltars gegen den auf der anderen Seite der Meerenge gelegenen Hafen Ceuta (in Spanisch-Marokko) im Gange wären.

Der Tausch selbst würde, wie behauptet wird, in beiden Ländern begrüßt werden. De Rivera, der neue spanische Diktator, würde dadurch in die Lage versetzt sein, dem spanischen Volk erklären zu können, er hätte wieder die spanische Souveränität über das ganze spanische Gebiet hergestellt, und würde gleichzeitig Spanien vom Rißproblem befreien, da dieses dann mit Ceuta an England fallen würde. Aber auch England würde dieser Tausch bedeutende Vorteile bringen. Der Besitz Gibraltars habe immer zu einer gewissen Gereiztheit in den Beziehungen zu Madrid geführt, und die sich auch häufig höchst unheimlich fühlbar gemacht hätte. Vom militärischen Standpunkt ist Gibraltar aber schon lange ziemlich wertlos geworden. Ein paar moderne Geschütze könnten von der spanischen Seite aus die britischen Befestigungen in Atome sprengen. Und wenn dies auch nicht von Spanien zu befürchten wäre, so bestünde doch immer die Möglichkeit, daß Frankreich oder irgendein anderes Land durch eine Allianz mit Spanien eine Gefahr für Gibraltar werden könnte.

Neuer zufolge hat ein schottisches Syndikat der Admiralgatt vorgezogen, die deutschen Großkampfschiffe, die in der Scapa-Flow-Bucht versenkt worden sind, zu bergen. Einige Berichter sind bereits vor einiger Zeit gegeben worden.

Aufbruch in Bulgarien?

Als Folge der Verhaftungen von Kommunistenführern haben am 20. d. M., gemäß eines wahrscheinlich von früher vorbereiteten Planes, Anhänger der kommunistischen Partei in einigen Städten Südbulgariens versucht, ihre verhafteten Führer zu befreien und sogar die Sowjetrepublik auszurufen. Über den Erfolg dieses Revolutionsversuches lauten die Nachrichten widersprechend. Nach Meldungen der bulgarischen Regierung sei diese kommunistische Bewegung als vollkommene Mißlingen zu betrachten.

Dagegen weiß ein über Mailand geleitetes Telegramm aus Sofia zu melden: Die Aufständischen aus Südbulgarien marschieren gegen die Hauptstadt. Bankoff habe seine Demission eingereicht, die auch vom König angenommen worden wäre. Dieser habe zugleich die Obrigkeit aufgelöst.

Aus Stadt und Land.

* Polmar (Chodziez), 27. September. Gestern morgen zwischen 8 und 9 Uhr überfuhr das Auto des Herrn Urbanowski aus Urbanowo den 70-jährigen Arbeiter Bruch aus Chodziez. Das Auto brachte den Verunglückten, dem ein Bein gebrochen war, ins Krankenhaus, wo er am Nachmittag verschied.

* Posen (Poznań), 27. September. Ein kürzlich entstandener Konflikt der Ärzte mit den Krankenkassen hat sich bis zu dem Zustande der Konfliktlosigkeit zugepunkt; das heißt, die Ärzte behandeln ihre Patienten weiter, aber als Privatpatienten, nicht als Kassenmitglieder. — Die Straßenbahn wird vom 1. Oktober ab berechnet: die Einzelfahrt mit 5000 Mark, die Monatskarte mit 260 000 Mark. — Der Magistrat erhöht das Gas vom 28. September ab auf 8000 Mark für das Kubikmeter; bisher betrug der Preis 6000 Mark. — In einer größeren

Aussperrung kam es Montag nachmittag in der Gezielskischen Fabrik. Sie erfolgte als Antwort auf die passive Resistenz der Arbeiter, wodurch der Betrieb am Freitag, Sonnabend und Montag vormittag auf mehrere Stunden unterbrochen wurde. Nach längeren Verhandlungen kam es schließlich zu einer Einigung mit der Direktion, wonach die Arbeit wieder am Mittwoch aufgenommen wurde. — Es gibt hier Händler, die die Geflogenheit haben, ihre zum Verkauf feilgehaltenen Eier zu stempeln. Es geschieht dieses deshalb, um zu wissen, ob die Eier auch tatsächlich aus ihrem Geschäft stammen, da es Rundschaft gibt, die schlechte Eier umgetauscht haben wollen.

* Posen (Poznań), 24. September. Falsche Doktoren. Unter dem Namen eines Professors Graf Boeder-Bederst tauchte hier, so berichten die „Pos. N. N.“, vor einiger Zeit ein 24-jähriger Jüngling, der sich als Spezialarzt der Phlegmatie ausgab, auf. Unter Vorlegung falscher Zeugnisse führte sich der „Professor“ in die besten Kreise ein und brachte es sogar fertig, vor dem Gericht als Sachverständiger aufzutreten (!). Zum Glück konnte er kein weiteres Unheil durch seine Gutachten anrichten, denn er wurde bald verhaftet. Zunächst nahm ihn die Militärprokuratur wegen eines gemeinsamen mit einem Soldaten verübten Betruges in ihre Obhut. Nunmehr wird er der Staatsanwaltschaft am Bezirksgericht unter der Beschuldigung, einen Meineid geleistet zu haben, vorgeführt werden. — Ein anderer „Professor“ und „Doktor“, diesmal der Tierheilkunde, debütierte ebenfalls hier und in Strelno, bis ihm durch die Wojewodschaft das Handwerk gelegt wurde, nachdem festgestellt ist, daß alle Angaben über seine Studien und Examen falsch sind, daß der „Doktor“ vielmehr längere Gefängnisstrafen verbüßt hat.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* Warschau, 26. September. Feldwächter bemerkten in diesen Tagen am Walde von Drowo in einiger Entfernung ein anscheinend verlassenes Kind. Als sie aber näher kamen, bemerkten sie zu ihrem Erstaunen, daß sie eine kleine Zwergin, nur 60 Zentimeter groß, vor sich hatten. Es wird angenommen, daß die Zwergin von einer wandernden Truppe verlassen und ausgelegt worden ist. Sie wurde nach Warschau geschickt und befindet sich noch immer auf dem Polizeikommissariat, da niemand sie aufnehmen will.

* Warschau, 27. September. Am Dienstag zog auf der Warschawskaja im Verlaufe eines Streikes ein gewisser Gwiazda seinen Revolver und feuerte auf seine Begleiterin, ein unter dem Namen „Pani Zola“ hier allgemein bekanntes Mädchen. Sie wurde tödlich in die Brust getroffen. Gleichzeitig erlitten die angelegte Rusine der „Pani Zola“ sowie deren Begleiter schwere Wunden und ein vorübergehendes Mädchen wurde zufällig getroffen. Zum Schluß schoß der rasende Gwiazda sich selbst in die Brust. Sein Zustand ist hoffnungslos. Auch die Rusine wird kaum dem Leben erhalten werden können.

Kleine Rundschan.

* Cholera in Persien. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, haben die dortigen Sanitätsbehörden die Nachricht erhalten, daß in Persien die Cholera in heftiger Weise ausgebrochen ist. Die russisch-persische Grenze ist geschlossen und eine scharfe Quarantäne eingerichtet worden.

* Weltgetreideernte. Aus Kanada wird eine Rekordernie gemeldet. Die Jahreserzeugung von Weizen betrug in Kanada im letzten Jahre 400 Millionen Bushels, eine riesige Menge, wodurch Kanada an erster Stelle unter den Getreideproduzenten des britischen Reiches steht. Nach den Berichten dürfte die diesjährige Ernte die Ziffern des Vorjahres noch sehr wesentlich übersteigen; man erwartet ein Rekordjahr. Die guten Ernteausichten haben die Getreidepreise wesentlich gesenkt, ohne daß die mitteleuropäische Bevölkerung davon einen Nutzen hat, die das kanadische Getreide selbst bei billigen Preisen nicht kaufen kann. Und ebensowenig das Getreide aus Südamerika und Australien, wo die Ernte nach den Berichten ebenfalls günstig ausgefallen ist wie in Kanada. Zum Glück für die europäische Bevölkerung wird aber die Getreideernte in den meisten europäischen Ländern ebenfalls sehr gut sein. Die französische Getreideernte dürfte zur Versorgung der Bevölkerung ohne fremde Einfuhr ausreichen und um 20 Prozent höher sein als im Vorjahr. Die Weizenerte Italiens stellt mit beinahe 8 Millionen Tonnen eine Rekordziffer dar. Italien wird im nächsten Jahre kaum ein Viertel seines Weizenbedarfs einzuführen brauchen, zur großen Entlastung seiner Handelsbilanz. Die Getreidepreise sind tief gesunken. Vorzüglich ist die ungarische Ernte ausgefallen. Der zu erwartende Ausfuhrüberschuß wird auf 200 Millionen Goldkronen veranschlagt, was ungefähr die Passivität der Handelsbilanz ausgleichen dürfte. Auch die Getreideernte in Deutschland und in Polen sind sehr günstig. Die günstigen Ernteergebnisse könnten zur Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft viel beitragen, wenn die Politik nicht verderben würde, was die Natur geschenkt und Menschenfleiß erarbeitet hat.

Die Petroleumindustrie der Welt im Jahre 1922.

Neben Kohle und Wasserkraften kommt dem Erdöl die größte Bedeutung für die industrielle Energiewirtschaft zu. Die günstige Raumausnützung bei hohem Heizwert und hohen Ausnützungskoeffizienten macht den großen Vorsprung aus, den das Erdöl gerade in allen Arten des Verkehrswesens vor anderen Kraftquellen hat.

Über die Erdölvorkommen der Welt können nur ungefähre Angaben gemacht werden, weil fast jeder Tag Meldungen über neue Quellen bringt, und infolge der technischen Entwicklung (Schachthau, Erschließungsgewinnung), sowie der sich ändernden Rentabilitätsverhältnisse der wirtschaftliche Begriff des gewinnbaren Erdöls in dauerndem Wandel ist.

Schätzungsweise verteilen sich die Erdölvorkommen Erde 1922 in Prozent der Gesamtsumme wie folgt:

Bereinigte Staaten von Amerika und Alaska	16,3
Mexiko	10,5
Nördl. Teil Südamerikas einschl. Peru	13,3
Südl. Teil Südamerikas einschl. Bolivien	8,2
Persien und Mesopotamien	13,5
Südost-Rußlands, Südwest-Sibirien und Kasachstan	13,5

Nach diesen Schätzungen folgen auf die Vereinigten Staaten in geringem Abstand Rußland, Persien und Südamerika, während das heute der Produktion nach an zweiter Stelle stehende Mexiko nach dem vermuteten Vorrat erst die fünfte Stelle einnimmt. Die Weltproduktion an Erdöl zeigt ein außerordentlich schnelles Anwachsen. Seit 1913 entfällt die Hauptzunahme der Gewinnung von Erdöl auf Nord- und Südamerika. An erster Stelle stehen die Vereinigten Staaten, die ihre Gewinnung von 1913 bis 1922 weit mehr als verdoppeln konnten. In den bisherigen Monaten des Jahres 1923 fand eine weitere außerordentliche Zunahme der Produktion statt. Mexiko zeigte im Jahre 1922 nach einem scharfen Anstieg seiner Produktionsziffern einen Rückschlag. Zum ersten Mal überstieg das Verlegen von Ölleitungen über neue Bohrlocherfolge. Die südamerikanischen Erdölproduzenten verzeichnen sämtlich eine Aufwärtsentwicklung. Ausgesondert werden die Ausfichten Venezuelas als günstig bezeichnet. In Indien brachte das Jahr 1922 vor allem für Persien eine weitere Erleichterung seiner reichen Erdölvorkommen, so daß es nunmehr an vierter Stelle der Erdölproduzenten steht.

Die Erdölindustrie ist heute zum überwiegenden Teil in der Hand von einigen großen Trusts. Bei der großen Bedeutung des Erdöls, insbesondere für die Flotte, finden die wirtschaftlichen Bestrebungen zur Sicherung der Erdölversorgung vielfach politische Unterstützung. Schon in den letzten Vorkriegsjahren waren die Vereinigten Staaten gezwungen, über die Ausfuhr hinaus in erheblichem Umfang Rohöl vor allem aus Mexiko einzuführen. Es kam hinzu, daß man eine binnen 30 Jahren zu erwartende Erschöpfung der nordamerikanischen Quellen bei einer in gleichem Maße fortschreitenden Ausnützung glaubte annehmen zu können. Vor allem warnte sich das Kapital der Vereinigten Staaten den mexikanischen Quellen zu, die mit mehr als der Hälfte ihrer Produktion unter amerikanischer Kontrolle stehen dürften. Ferner ging ein Teil der kanadischen Ölorkommen in amerikanische Hand über. Die amerikanische Einfluß unterstehenden Erdölvorkommen unterliegen zum großen Teil mitamt dem Transport-, Verarbeitungs- und Abgabewesen der Kontrolle der Standard Oil Co. Seine direkte oder indirekte Kontrolle dürfte sich auf über 1/3 der Weltproduktion erstrecken.

In den Vereinigten Staaten liegt während der Kriegs- und Nachkriegszeit die Verbrauchsziffer für Rohöl stärker als die heimische Produktion. Nicht nur an Erdöl, sondern in noch stärkerem Maße bei den Erdölprodukten war ein starker Anstieg der Lagerbestände zu verzeichnen. Nachdem für die Erdölindustrie in den letzten Jahren die Frage der Rohölschaffung im Vordergrund stand, erhebt sich — trotz ständig steigender Verbrauchsziffern — zum ersten Mal wieder die Frage des Rohölschaffens bzw. der Produktionsbeschränkung.

Nächst den Vereinigten Staaten ist heute Großbritannien der größte Erdölkonsument vor allem für seine Kriegs- und Handelsflotte, die in steigendem Maße zur Ozeanierung übergegangen ist. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten verfügt England aber nicht über eine nennenswerte inländische Versorgungsbasis. Es ist daher auf die Einfuhr angewiesen.

Außer der heimischen Versorgung bemüht sich England um die Sicherung des Verbrauchs der Dominions und vor allem der über die ganze Welt verstreuten Ölstationen. Englisches Kapital ist maßgebend an der Royal Dutch-Shell-Gruppe, dem erfolgreichsten Konkurrenten der Standard Oil Co., beteiligt. Die Macht dieses englisch-holländischen Trusts ruht auf der Kontrolle eines erheblichen Anteils der Weltproduktion und auf einer weitverzweigten Transport- und Abgabeanstalt. Nach dem Stande von 1921 sind 11 Prozent der Weltproduktion im Besitz oder unter Kontrolle dieses Trusts. Die zweite Erdöl-Organisation Englands ist die Anglo-Persian Oil Co. Diese Gesellschaft, an der die englische Regierung durch Aktienbesitz beteiligt ist, bezieht vor allem die entwicklungsstärksten persischen Quellen aus. Fast die ganze englische Rohölschaffung stammt aus Persien.

Deutschland kann seinen Erdölbedarf nach der Abtreibung der elbischen Vorkommen weniger noch als früher aus dem Ausland decken. Wenn die Einfuhr von Erdöl und Erdölprodukten aufkommen trotzdem einen Rückschlag aufweist, so liegt es daran, daß Deutschland den Rohölkonsum wegen seiner Verarmung einschränken mußte, ihn auch infolge der fortschreitenden Ausbreitung der Elektrizität einschränken konnte und seinen sonstigen Erdölverbrauch durch die Entwicklung der Stein- und Braunkohlenverwertung zu vermindern vermochte. Deutschland hatte in 1922 einen Verbrauch von Erdöl und Erdölprodukten von rund 0,8 Millionen Tonnen. Durch den Vertrag von Versailles hat Deutschland nicht nur sein elbisches Ölorkommen, sondern auch die ausländischen Beteiligungen, vor allem in Rumänien, verloren.

Vor dem Kriege war Rußland nächst den Vereinigten Staaten das Land des größten Erdölverbrauchs. In der letzten Zeit hat Rußland wieder eine langsam zunehmende Ausfuhr an Erdöl und Erdölprodukten. Diese betrug nach russischen Angaben im Jahre 1922 187 600 Tonnen, in der Zeit vom 1. Oktober 1922 bis 1. Mai 1923 303 600 Tonnen. Menaemäßig erhielt England den größten Anteil von dieser Ausfuhr. Nach den Werten berechnet empfing Deutschland einen höheren Anteil, da es weniger Rohöl, aber mehr Schmieröle usw. bezog. Rußland als wichtiges Verbrauchs- und Produktionsland für Erdöl war von den internationalen Erdölgesellschaften vielfach umstritten. Nach der russischen Revolution verfielen diese Beteiligungen der Enteignung. Erst in den letzten Monaten wurde von neuen Verträgen, insbesondere der Royal Dutch-Shell-Gruppe berichtet, sowie von Bemühungen französischer Wirtschaftskreise, alte Ansprüche wieder geltend zu machen.

Hauptgeschäftsführer: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Praygodati, Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

OSRAM

LAMPEN

kauft und braucht
die ganze Welt



OSRAM
NITRO



OSRAM

muß auf der Glasglocke stehen

Ihre Vermählung geben bekannt
Gustav Buleiski
u. Frau Jenny geb. Jębram.
Działdowo, September 1923. 9583

Bekanntmachung.
Mit Genehmigung des Magistrats sind für Monat September die Strompreise wie folgt festgesetzt worden:
für Licht per kWh . . . 18 000,— M.,
Kraft . . . 16 000,—
Kinos und Kabarets haben 100% mehr zu zahlen.
Vorstehende Preise kommen für den im Monat September festgestellten Verbrauch in Anwendung.
Ab 29. d. Mts. betragen die **Wahrpreise:**
für Erwachsene . . . 4 000 M.,
Kinder . . . 2 000
im Nachverehr wird ein Zuschlag von 100% erhoben.
Bydgoszcz, den 28. September 1923.
Tramwaje i Elektro Linie Bydgoszcz.

Billige und doch gute Grab- und Gedenkmäler, Waschtisch-Garnituren aus Marmor und Kunststein
Liefert sofort 9585
G. Bodas, Steinmetzmeister
Dworcowa 79. Telefon 651.

Ertreffliche Schmiedefohlen
(gewalchene Erbs, aus Emma- und Römergrube) in größeren und kleineren Mengen abzugeben, und nehmen Bestellungen an für waggonweisen Bezug. 8814
Schlaaf i Dabrowski
Sp. 3 d. v.
Bydgoszcz, Marcinkowskiego 8 a.
Telefon 1923.

Am 1. Oktober eröffne in
Koronowo, am Markt
im Hause van Blericq
ein
Tuch-, Manufaktur- u. Kurzwarengeschäft.
Die denkbar reellste Bedienung zusichernd, empfehle mich.
St. Wojciechowski
Koronowo. 11000

Tel. 4. **Szubin** Tel. 4.
Halte wieder täglich
Sprechstunden. 9193
J. Czarnecki, Dentist.

Oberschl. Steintohlen
Oberschl. Schmiedefohlen
Oberschl. Hüttentofel
Domb. Steintohlen
aus Tiefgruben empfiehlt waggonweise und ab Hof in kleineren Mengen 8645
Carl Feyerabend,
Telefon 65. Pomorska 38. Gegr. 1869.

Bankverein Zempelburg
sp. z n. o. 8488
Sapóino und Nebenstelle Kamień.
Gegründet 1883. Telefon Nr. 3.
Sorgfältige Erledigung aller bankmäßigen Aufträge.
Günstige Verzinsung von Spareinlagen u. Depositen.
Devisenkommissionär.

Versteigerung.
Sonabend, d. 29. 9. 23
vormittag 10 Uhr
werde ich Bod blankami 1
Sofas, Schränke, Vertikals, Tische, Stühle, Bettgestelle mit und ohne Matratz, Nähmaschinen, Zentrifugen, kompl. Küch., Regulatoren, Kleidungsstücke, Haus- und Küchengeräte, und vieles andere freiwillig meistbietend versteigern. Besichtig. 1 Std. vorher.
Max Cichon,
Auktionator und Taxator 9665
Kont.: Bod blankami 1
Telefon 1030.

Versteigerung
Mittwoch, 10999
Rafelska 50, 1. Etage, Sonabend, 29. Sept., nachmittags 2 Uhr, werde ich folgende Gegenstände versteigern:
2 Kleiderkränze, 1 Bettfio, 3 Tische, 1 Sinaernähmach., (Rundschiff) 2 Bettgestelle mit Matr., 1 Bederuhr, Bilder, 1 Waschtisch, 1 Sofa, 1 Küchengerät, viele Küchenger., 3 Waschtisch, viele Stein- u. Email-Töpfe, Eimer 1 altes Kaninchen m. 4 Jungen u. v. and.
Blechoblat,
öffentl. angestellt. und vereidigt. Auktionator und Taxator f. Stadt- u. Landtr. Bromberg. Duga 8. Telef. 1140.
Klavierstimmung u. Reparaturen
führt gut u. sachgemäß aus **Paul Wieret,**
Klavierstimmer und Klavierpieler 10972
Grodzka (Burgstr.) 16, Ecke Brückenstr.
Biete auch gute Musik für Hochzeiten, Haus, Gesellschaften u. Vereinsvergünstigungen all. Art, gg. n. Wunsch in kl. u. groß. Belegung.

Die richtige Einkaufs-Zentrale
für Schneidermeister und Interessenten
in
Stoffen, Futterstoffen und Zutaten
ist das
Tuch-Lager
Otto Schreiter
(1. Stod.) Bydgoszcz, Gdańska 164. (1. Stod.)
Solide Preise! — Lagerbesuch erbeten!
En gros. Große Auswahl in In- und Auslandsfabrikaten. En détail.

Stadtgespräch
sind unsere billigen Preise. 9601
Strümpfe:
Herrensocken, gute Ware . . . 40 000
Damenstrümpfe, starkfädig . . . 40 000
Damenstrümpfe, „Flor“ . . . 60 000
Herrensocken, verjüngt . . . 95 000
Damenstrümpfe, „Kunstseide“ . . . 125 000
Schuhwaren:
Damen-Lederstiefel, schw., braun, 275 000
Herren-Lederstiefel, „Sandarbeit“ 450 000
Damen-Lederstiefel, „La Boxcall“ 525 000
Herren-Lederstiefel, „La Boxcall“ 675 000
Damen-Ladstiefel, „neue Fassions“ 750 000
Wollwaren:
Wollene Damen-Sweaters . . . 198 000
Wollene Herren-Sweaters . . . 198 000
Wollene Damen-Turnpers . . . 575 000
Wollene Damen-Strickjacken . . . 675 000
Wollene Damen-Strickwesten . . . 675 000
Wollene Damen-Strickmäntel . . . 975 000
Damenkleider:
Cheviotkleider, reich garniert . . . 575 000
Cheviotkleider, mit Seidentritot . . . 675 000
Seidentritotkleider, alle Farben . . . 975 000
Bostonkleider, Modelle . . . 1 250 000
Bostonkleider, mit Pelzbesatz . . . 1 850 000
Mäntel:
Damenmäntel, „Winterstoffe“ . . . 975 000
Damenmäntel, „Klausch“ . . . 1 650 000
Damenmäntel, „Tuch“ . . . 2 850 000
Damenmäntel, „Estimo“ . . . 2 850 000
Damenmäntel, „Hoffenhaut“ . . . 3 850 000
Mercedes, Mostowa 2.

Kurzwaren, Wolle und Strümpfe
billig. Jatti Nr. 5. billig. 10942

Dem geehrten Publikum von Bydgoszcz u. Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich in meinem Hause
ulica Dworcowa 81
am Sonabend, den 29. September 1923,
wieder ein erstklassiges
Fleischwaren-Geschäft
nebst **Wurst-Fabrik**
neu eröffne.
Es wird mein Bestreben sein, dem geehrten Publikum nur mit bester Ware zu dienen und bitte um gefällige Unterstützung.
Hochachtungsvoll
A. Chwialkowski,
Fleischermeister.
Telefon 1565. **ulica Dworcowa 81.**

Damenmoden
Herrenmoden
Ewa Szaup
BYDGOSZCZ Cieszkowskiego 8

Die richtige Einkaufs-Zentrale
für Schneidermeister und Interessenten
in
Stoffen, Futterstoffen und Zutaten
ist das
Tuch-Lager
Otto Schreiter
(1. Stod.) Bydgoszcz, Gdańska 164. (1. Stod.)
Solide Preise! — Lagerbesuch erbeten!
En gros. Große Auswahl in In- und Auslandsfabrikaten. En détail.

HAMBURG-AMERIKA LINIE
GEMEINSAMER DIENST MIT DEN
UNITED AMERICAN LINES INC
Nach
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Saloon- u. Kajütendampfer.
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
7637 **HAMBURG, Alsterdamm 25.**

Gilfoid, Schamottemehl
allerfeinste Mahlzung, liefert ab Lager und in Ladungen
Aniumann & Radzinski,
Garbarn 33. 9187 Telefon 1370
Berl. Blätterin empf. sich in u. außer d. Saule Olole, ul. Chel. minsta 23, Stb., 1 Tr.
Damenhüte werden sachgemäß ge- arbeitet Olole, Jasna 8, 1, rechts.

Mitglieder, kauft
Kohlen
nur bei Eurem Verband!
Ihr kauft **20% billiger**
als anderswo beim
Kreislandbund
Chelmno
— Telefon 171. — 9527

Poln. Unterricht
wird erteilt 10975
Bl. Bialkowski 4, III.
Nach Heber, u. Geluche.
Gelle werden gut und billig gegeben.
Kaufe auch alle Gelle.
Petela, Wilczat,
Malborska 13. 10788

Tanzschule Herta Plaesterer
Bahnhofstraße 3.
Am 2. u. 6. Okt. beginn. neue Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene im Elysium-Saal. Anmeldungen hierzu auch l. Privat-Unterricht u. -Zirkel tägl. Dworcowa 3.

Jubiläums-Feier.
Sonntag, den 30. September 1923
Gemeinde der
Evangelischen Gemeinschaft
Bydgoszcz, Libelta 8.
Festordnung:
Vormittags 10 Uhr: Festgottesdienst.
Nachmittags 3 „ : Festfeier.
Abends 7 1/2 „ : Schlussversammlung.
Sämtliche Versammlungen sind öffentlich.
Der Festausschuß.

Kino Kristal
Ab heute, bis einschließlich Montag!
Erstaufführung:
Die Frau mit den Millionen.
Untertitel: Der Schuß in der Pariser Oper.
Abenteuer-Drama in 6 großen überaus spannenden Akten.
Ellen Richter, Georg Alexander, Karl Huszar, Ed. von Winterstein u. a. m.
Der Film behandelt das Schicksal der armenischen Fürstin Smarada Naburian, die unter dem Verdacht des politischen Mordes aus Paris flüchten mußte. Nach einer abenteuerlichen Verfolgung durch Frankreich, die Schweiz, Italien und den Balkan gelangte sie nach Konstantinopel, wo es ihr glückte, ihre Todfeinde unschädlich zu machen und zehn Millionen Francs, die von diesen geraubt worden waren, den rechtmäßigen Besitzern zurückzuerstatten. Die Rolle der Fürstin Smarada Naburian wird durch **Ellen Richter** in den verschiedensten Verkleidungen, als Tänzerin, falscher Thronfolger, als serbische Bäuerin usw., mit der ganzen Anmut ihrer Persönlichkeit verkörpert.
Regie: Dr. Willi Wolff.
Eine Fülle der schönsten Aufnahmen aus dem märchenhaften Orient. 9670

Konditorei „Wawel“ Café
Gdańska 159 Telefon 284
Inh. Portaszkiewicz i Ska.
Morgen, Sonabend, den 29. September 1923:
Groß-Abschiedskonzert und Benefiz
des beliebten Kapellmeisters **Alwin Lubrig.**
Anfang des Programms 8 Uhr abends. 11002
Verstärktes Orchester.
Ende ??? Ende ???
Nach dem Konzert ??

Stadttheater.
Dienstag, den 2. Oktober, 8 Uhr:
Einmaliges Gastspiel
im großen Tanzabend
der berühmten
Rita Sacchetto
hervorragende Tänzerin von Weltruf und erstklassiger Film-Stern.
Im großen Programm: Spitzentänze, klassische Tänze und Fantasie-Tänze.
Musik von Gillet — Moszkowski — Bizet — Schumann — Rubinstein. 10992
Prachtvolle Kostüme nach Skizz. d. Rita Sacchetto
Eintrittskarten z. Preise v. 20000—120000 Mk. an der Kasse des Stadttheaters von 10—1 und von 5—7. Telefon 1138.
Da die Nachfrage nach Karten sehr groß ist, ist es zu empfehlen, sich baldigst mit Karten zu versehen.

Bromberg, Sonnabend den 29. September 1923.

Pommerellen.

28. September.

Graudenz (Grudziadz).

d. Die ausgewiesenen Optanten, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erlangt haben, finden vielfach kein Unterkommen. Obgleich manchen von ihnen auf dem Lande Arbeitsgelegenheit geboten wird, ist keine Wohnung aufzutreiben. Die Leute irren nun von einer Behörde zur andern herum und finden kein Unterkommen. Nach Deutschland auswandern können sie nicht, wie ihnen von den Behörden gesagt wird, ihre bisherigen Wohnungen sind bereits beschlagnahmt: es ist ein großes Elend.

* Die Strom- und Wasserpreise sind wie folgt festgesetzt: 1 Kilowattstunde Lichtstrom 25 000 Mark, 1 Kilowattstunde Kraftstrom 18 000 Mark, 1 Kubikmeter Wasser 6000 Mark.

Auf dem Wochenmarkt am Mittwoch war Butter recht knapp. Der Preis war auf 70—75 000 M. hinaufgeschossen, und der Bedarf konnte nicht gedeckt werden. Weiter wurden folgende Preise gezahlt: Eier 55 000 M., Gänse 8000 M., Kartoffeln 700 M., Braten 2000 M., Mohrrüben 2000—3000 M., Kohlrabi vier Stück 1000 M., Zwiebeln 2000 M., rote Rüben 2000 M., Weißkohl 1000 M., 1500 M., Blumenkohl 3000—4000 M., Gurken 8000 M., Birnen 5—8000 M., Äpfel 3—6000 M., Tomaten 2000 M., Pfäfen 15 000 M., Tauben 25—35 000 M. pro Paar, Hühner 60 000 M. pro Stück, Kalb 70 000 M.

* Erntefest der „Deutschen Bühne“. Am vergangenen Mittwoch tagte der Festausschuss für das am Freitag, 5. Oktober, im Gemeindehaus stattfindende Erntefest. Nach den sorgfältigen Vorbereitungen wird dies Erntefest die früheren Veranstaltungen womöglich noch übertreffen. Die „Rebertafel“, die „Melodia“, die „Singakademie“ und der „Verein für Leibesübungen“ haben ihre Mitwirkung zugesagt, und dadurch werden die Darbietungen sehr abwechslungsreich werden. Ein Tanz von Schmittern und wehlungen wird diese Darbietungen eröffnen. Die Schmitterninnen wird diese Darbietungen eröffnen. Die Schweizer Kapelle des Herrn Knopf wird mit 14 Mann teilnehmen, und auch die Bodammerische Kapelle hat ihre Teilnahme zugesagt; außerdem wird noch das Bühnen-Orchester konzertieren. Der Eintritt ist nur gegen Einzahlung gestattet, damit keine Überfüllung des Saales stattfinden kann. Die Nachfrage nach den Eintrittskarten ist sehr groß, so daß es sich empfiehlt, die Karten beizeiten zu lösen; denn am Festabend findet im Gemeindehaus kein Kartenverkauf statt.

Thorn (Toruń).

* Von der Weichsel. Donnerstag früh betrug der Wasserstand 0,09 Meter über Null. — Es war am Mittwoch weder Schiffs- noch Lastenverkehr zu verzeichnen.

* Die neuen Theaterpreise im hiesigen Stadttheater stellen sich wie folgt: Der billigste Platz (Galerie-Stehplatz) kommt auf 10 000 Mark, ein Sitzplatz und Plätze in den Reihen des Parketts kostet 55 000 Mark und Plätze in den Rängen oder in den Logen bis zu 90 000 Mark.

* Die Orchester-Abteilung der „Deutschen Bühne“ wird am kommenden Sonntag mit einem Unterhaltungs-konzert vor die Öffentlichkeit treten. Das im Jahre 1920 unter dem Namen „Liebhaber-Kapelle“ gegründete Orchester besitzt nur noch drei Mitglieder aus dieser Zeit.

Alle Postanstalten

in Posen und Pommerellen nehmen noch Bestellungen auf die

Deutsche Rundschau

an. Wir bitten unsere Leser, das Blatt sofort zu bestellen.

Abonnementspreis für Oktober 81 670 Mark einschließlich Postgebühr.

die übrigen sind inzwischen abgewandert. Dank der Bemühungen dieser Gründer und dem Interesse, das das musikausübende Thorner Publikum ihren Absichten und Zielen entgegenbrachte, ist die Kapelle durch Zuwachs allmählich stärker geworden und hat jetzt zehn Mitwirkende. Geiger und Holzbläser sind noch sehr erwünscht, besonders Klarinette, ferner auch noch ein guter Trompeter. Das Unterhaltungs-Konzert findet im „Deutschen Heim“ statt und beginnt nachmittags um 5 Uhr. Das Programm enthält u. a. Duette, ferner Vieder von Schubert und eine Reihe von Märschen, Charakterstücken, Tänzen und Schlegern. Der Eintrittspreis ist auf nur 500 Mark bemessen, um jedem den Besuch zu ermöglichen. Man hofft darauf und rechnet damit, daß solche Konzerte zu einer ständigen Einrichtung werden mögen. (S. a. Informat.)

* Dreihundert französische Franken gestohlen wurden Dienstag früh auf dem Hauptbahnhofe einem aus Puluska kommenden Rückwanderer.

* Raubüberfall. Zwischen Sportplatz und dem altstädtischen Friedhofe wurde in der Nacht zu Montag eine Frau von einem in Eisenbahnuniform befindlichen Manne überfallen. Der Straßenräuber, dem die Polizei bereits auf der Spur ist, entriß seinem Opfer das Handtäschchen mit über 300 000 Mark Inhalt und den Hut und entfloß dann in unbekannter Richtung.

* Überfall auf einen Polizeibeamten. In der Nacht zu Montag hatte ein Schutzmann das Dienstmädchen Bronisława S. verhaftet, das unter dem Verdacht stand, ein seidenes Kleid gestohlen zu haben. Auf dem Wege zur Wache begegnete sie zwei Marinejägern, die das Mädchen zu befreien versuchten. Eine hinzugekommene Militärpatrouille nahm die Soldaten fest und lieferte sie an die Militärgendarmerie ab.

er, Culm (Chelmo), 26. September. Reichliche Zufuhr von Butter und Eiern brachte der heutige Mittwoch-Wochenmarkt. Butter wurde mit 60 000—65 000 Mark, Eier mit 40 000—45 000 Mark verkauft. Gemüse war auch reichlich angeboten: Weißkohl der Kopf 2000—5000 Mark, Rotkohl 4000—7000 Mark, Blumenkohl bis 10 000 Mark, Mohrrüben 3000 Mark, Bohnen 3000—4000 Mark, Tomaten 10 000—20 000 Mark; für Birnen zahlte man 3000—6000 Mark, für Äpfel 2000—5000 Mark, für Pfäfen 8000 Mark.

Pilze waren mit 4000—5000 Mark das Litermaß zu haben. Kartoffeln waren nur spärlich angefahren. Auf dem Fischmarkt waren Breiten zu 25 000 Mark, Hechte zu 40 000 Mark und Aale zu 50 000 Mark das Pfund. Für junge Hühner wurden 50 000—70 000 Mark das Stück verlangt, alte Hühner kosteten 60 000—100 000 Mark. Schweinefleisch kostete 46 000 Mark, Rindfleisch 36 000 Mark und Kalbfleisch 30 000 Mark. — Bei dem Besitzer Reinhard Franz in Culm, Mendorf, hiesigen Kreises, bediente die Tochter die Drillmaschine. Als diese in Bewegung war, wollte sie das Getreide im Rasten gleichmäßig verteilen und geriet dabei mit der Hand in's Getriebe und erlitt sehr schwere Verletzungen.

* Culmsee (Chelmza), 27. September. Infolge der Bemühungen des Geistlichen Frnkowski wird jetzt die mit 36 Registern ausgestattete Dampfer repariert. Sie soll bereits zum Empfang des Bischofs am 6. Oktober fertiggestellt sein und in ihrer ganzen Konfülle erklingen.

* Dirschau (Tczew), 27. September. Der Brotpreis ist um 500 Mark heruntergesetzt worden und so kostet das 4-Pfund-Brot jetzt 19 000 Mark. Die Ermäßigung geschah nach einer Sitzung der Steuerungskommission am vergangenen Montag im Magistratsgebäude, wozu auch der Bürgermeister und 27 Wähler erschienen waren. Dem Wunsche des Komitees, bestimmte Brotpreise für eine bestimmte Zeit festzusetzen, konnten die Wähler nicht zustimmen wegen der Unbestimmtheit der Mehlpreise. Sie erklärten sich aber schließlich bereit, bei einer neuerlichen Erhöhung des Preises dieses dem Komitee mitzuteilen. — In der letzten Schöffengerichtssitzung erhielten ein Zigaretten- und ein Sacharinfahndungsgeldstrafen von 200 000 resp. 2 Millionen Mark und einem früher hier anwesigen Wäckermeister, welcher unerlaubter Weise hier für die Ruhrspende eine Sammlung einleitete, der aber jetzt nach Deutschland fortgezogen ist, wurde die Hinterlegung von 100 000 Mark beschlagnahmt.

h. Gorzno (Kreis Stralsburg), 26. September. Der gestrige Wochenmarkt wies kein großes Angebot auf. Das Pfund Butter war zu 50 000 Mark und die Mandel Eier zu 40 000 Mark zu haben. Enten kosteten 80 000 Mark, Gänse 150 000 Mark und darüber. Äpfel und Birnen hatten einen Preis von 3000—4000 Mark je Pfund.

* Schöned (Szczecyn), 27. September. Wie verlautet, soll am Montag im Walde bei Alt-Rischau eine weibliche Person ermordet aufgefunden sein. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt. — Ein arger Mißgeschick passierte einer Frau, die auf dem letzten Wochenmarkt ein Stück Karbonade unbedeckt in ihren Korb gelegt hatte. In einem unbewachten Augenblicke sprang ein großer Hund an den Korb, fraß das Stück Fleisch und ehe man sich verlor, war das Tier mit seiner Beute auf und davon.

* Tuchel (Tuchola), 27. September. Ein bemerkenswerter Fall beschäftigte das hiesige Friedensgericht. Der Maschinenhändler J. Gorny hat außer seinem Geschäftshause noch ein zweites Wohnhaus in der Kontzer Straße; in diesem Wohnhause hat ein Schneider zwei Stuben, Küche und Zubehör als Wohnung inne. Wegen des Mietpreises kamen Mieter und Vermieter in Differenzen. Schließlich wurde Gorny angeklagt, zu hohen Preis — den Wert des Schneiders Lohnes für einen Anzug monatlich — verlangt zu haben. Das Gericht kam zur Beurteilung des G. wegen Wohnungswucher, das Urteil lautete auf vierzehn Tage Gefängnis.

Grubenholz oder Stangen

von 1 Meter aufwärts, bei 6 Zentimeter Zapf, leicht zu taufen.

Weßler, Jezewo, Kr. Schweb.

Mein in Pommerellen gelegenes mehrgattiges

Sägewerk

beabsichtige ich preiswert zu verkaufen. Gefl. Offerten unt. S. 9657 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Kartoffeln

zum Export

kauft ständig zu höchsten Preisen
Bernhard Schläge, Danzig-Langfuhr,
Werberweg 19b. — Tel. 7022.

Graudenz.

Drucksachen

aller Art

fertigt in geschmackvoller Ausführung
H. Dittmann, G. m. B. H.,
Bromberg.

Richtl. Nachrichten.
Sonntag, d. 30. Sept. 1923
Evangel. Gemeinde
Graudenz. Vorm. 10
Uhr: Gottesdienst, Pfarrer
Jacob. 11 1/2 Uhr: Abdr.
Gottesdienst, Pf. Jacob.
Mittwoch, 3. 10., abds. 7 Uhr
Bibelstunde, Pf. Dieball.
Mittwoch. Vorm. 10
Uhr: Erntedankfest u. Bl.
Abendmahl, Pf. Diehl.

Gemeindehaus.
Sonntag, d. 30. Sept., abends 8 Uhr:
Experimental-Abend
moderner Wunder von
Leonard Bellachini

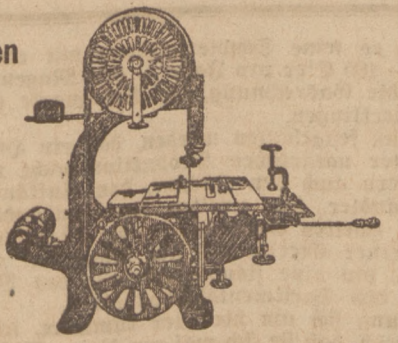
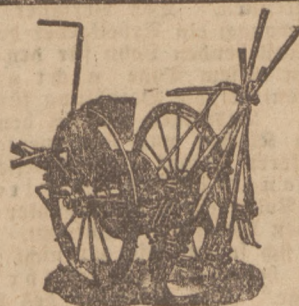
Karten-Vorverkauf im Büro der
„Deutschen Bühne“, Mickiewicz 15.

Ackereggen
dämpfer
original-Ventzki-Geräte
lederriemen
federzahneggen

Kartoffel-Graber und
Sortierer
rübenschneider
automobilöle
union-Separatoren
schrotmühlen
eggen

Cambridgewalzen
original-Düngerstreuer
„Westfalia“
sowie Holzbearbeitungs-
maschinen Fabr. Blumwe

Maschinenfabrik Adolf Krause & Co.
Toruń-Mokre. T. z o. p. Telephon 646.

Beliebtes
FavoritModen-
Album

und 9607
Schnitt-
muster

empfiehlt
S. Kalamajski
Toruń, Szeroka 21
Preis im Laden
40 000 M.
Berlang nach
der Provinz geg.
Boreinsendung
von 43 000 M.

Anzeigen jeder Art

wie

Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen,
Käufe, Verkäufe, Wohnungs-Gesuche,
Stellenanzeigen, Vereins-Nachrichten,
Veranstaltungen von Konzerten, Vor-
trägen usw. gehören in die

„Deutsche Rundschau“

die in allen deutschen Familien des Stadt-
und Landvolkes Thorn gelesen wird.

Anzeigen nimmt entgegen die Hauptvertriebs-
stelle der „Deutschen Rundschau“ in Thorn:
Annoncen-Expedition, Justus Wallis,
Breitelstraße 34.

Thorn.

Ich empfehle in

grösster Auswahl zu billigsten Preisen:

Woll. Unterkleidung f. Damen, Herr. und Kinder

Strumpfwaren, Socken u. Handschuhe

Golfjacken, Jumpers, Sweaters, Mützen, Schals

Kurzwaren, Spitzen, Besätze, Bänder, Stickereien

Blusen, Unterröcke, Schürzen, Damen-Wäsche

Baby-Wäsche, Korsette, Leibchen

Zutaten für Putz

Leder- Handschuhe, Tuch - Gamaschen.

Kaufhaus S. Kalamajski

Toruń, Szeroka 21.

9606

!!! Für Deutsche !!!

Poln. Unterricht

erteilt rasch zu jeder
Tageszeit. Deutsch-
poln. Professor. Toruń,
Konopnickiej 25, IV.

9652

Mädchen

für Alles, dasochen
kann, wird für einz.
Dame in Warschau ge-
sucht. Gute Bedin-
gungen. Nur gute
Zeugnisse werden be-
rücksichtigt. Offert. an
S. Blaszkowski,
Warszawa, Desno 51.

Unterricht

in Handarbeiten,
Wäschearbeiten erteilt
M. Reid, Sukiennicza
(Tuchmacherstr.) 2. 9604

Deutsche Bühne
in Toruń, T. z.

Sonntag, 30. Septemb.,
5 Uhr nachm.,
im Deutschen Heim:

Konzert

d. Orchester-Abteilung.
Eintritt pro Person
500 M. 9654

Deutsche Bühne T. z. Toruń
im Saale des „Deutschen Helms“.

Sonabend, 29. Sept., 8 Uhr
Experimental-Abend
moderner Wunder von

Leonard Bellachini

Karten-Vorverkauf in der Buch-
handlung Koller, Prosta 2. 9605

Filialen der „Deutschen Rundschau“.

Calumsee (Chelmza): S. Gangmeister, Buchdruckerei.
Gollub (Gollub): Kaufmann Strübig.
Gohlshausen (Koblenz): L. Schreiber.
Gradenitz (Grudziadz): Adolf Komossa, Getreidem., 25/26.
„Arnold Kriedte, Pohlmannstraße 3.
„Makowski.
„S. Koeber, Marienwerderstraße 21.
Gr. Neichenau (Wielkie Rychnowo), Kr. Briesen: G. Bujak.
Hohenkirch (Klitzki), Kr. Briesen: Kaufmann R. Seimann.
Reffen (Lafin): Arno Rindt, Klempnermstr., Gradenitzerstr. 3.
Reichenburg (Rome): Otto Sapieha, Klosterstraße.
Rafel (Rafko): Brewing, Buchdruckerei.
Schönsee (Kowalewo), Kr. Briesen: Bäckermeister Bieleke.
Schulitz (Solce): S. Maslowski.
Schwef (Swiecie): Büchners Buchdruckerei.
Soldau (Dzialdowo): C. Schmagrowski, Dworcowa 1.
Strasburg (Prodnica): A. Fuhrich.
Thorn (Torun): Justus Wallis, Buchhandlung.

Abonnements und Anzeigen für die „Deutsche Rundschau“ nehmen die Filialen zu Originalpreisen entgegen.

Die Ethik der Presse.

Zwischen der „Gazeta Poznańska“ und dem „Kurjer Poznański“ ist ein kleiner Streit ausgebrochen, der auch für weitere Kreise von Interesse sein dürfte. Der „Kurjer Poznański“ gerberdet sich bekanntlich in nationaler Beziehung stets als der erste und berufenste Bionswächter und predigt die Solidarität der polnischen nationalen Presse, die rein, namentlich auch jüdisch, bleiben müsse. Das ist in seinen Spalten das ständige Leitmotiv; in seiner eigenen praktischen Betätigung folgt er dagegen einem etwas anderen Prinzip. Auf diese drastischen Unterchiede zwischen den Worten und den Taten des „Kurjer“ macht nun die „Gazeta Poznańska“ nicht minder drastisch aufmerksam. Zunächst erzählt sie, wie der Kurjer Zeitungsverkäufer habe konfiszieren wollen, weil sie neben dem Kurjer auch noch — nicht etwa deutsche oder jüdische Blätter — ein anderes „nationales“ Blatt, nämlich den Warschauer „Przegl. Poranny“, verkauft hätten. Der Streit sei damals gerichtlich geschlichtet worden, aber nach dem „Przegl. Poranny“ kam die „Gaz. Poznańska“ an die Reihe. Der „Kurjer“ rempelte die Drutarni Wlasczanska, in der die „Gaz. Poznańska“ gedruckt wird, an, aufweinend, wie die „Gaz.“ meint, weil der Kurjer nach dem Rücktritt Sikorskis kein geeignetes Angriffsobjekt gehabt habe. Der Angriff auf die genannte Druckerei erfolgte, weil diese auf Bestellung Reklamefarben für eine Firma druckte, zu deren Teilhabern ein Jude gehört.

Die „Gaz. Poznańska“ weist nun darauf hin, daß die Anrempelung des „Kurjer“ keinen anderen Zweck habe, als die Bekämpfung eines Konkurrenzunternehmens, und ruft dann dem „Kurjer“ folgendes in Erinnerung: „Erinnert sich Herr Roman Zeitgeber, der Verleger des „Kurjer Poznański“, an gewisse Verlegerversammlungen, wo davon die Rede war, daß deutsche und jüdische Anzeigen in polnische Blätter nicht aufgenommen werden sollten? — Das war vor dem Kriege, zu einer Zeit, als die junge polnische Kaufmannschaft ohne Aussicht auf Erfolg mit der deutschen Übermacht und dem deutschen Kapital kämpfte...“ „Erinnert sich der „Kurjer Poznański“, welche Stellung und welchen Standpunkt er damals einnahm? Seine Ansicht wurde damals klar formuliert (es handelte sich um ganzseitige Anzeigen der jüdischen Firma Rudolf Petersdorff, die im Kurjer Aufnahme fanden): „Wir“, so sagte damals Herr Zeitgeber — „müssen uns von der politischen Vernunft leiten lassen. Zwar dürfen wir bei Fremden nicht kaufen, aber wenn sich die Gelegenheit eines Gewinns ergibt, der zur Unterstützung der polnischen Presse dienen kann...“ „Die Mehrheit der Verleger war entgegenge-setzelter Ansicht, aber Herr Zeitgeber erklärte, der „Kurjer“ würde auf seinem Standpunkte verharren. — Das ist noch nicht so lange her, Herr Zeitgeber! — Aber es gibt noch Dinge neueren Datums, die die Ethik des „Kurjer“ deutlich kennzeichnen. A. B.: Vor einem Jahre wurde Herr Witos vom „Kurjer Poznański“ als „Ferdiedie“ beschimpft, — heute ist er „ein unglücklicher Mann“. Und die Anzeigen! Nur wenige Beispiele aus dem Anzeigenteil des „Kurjer“: „Gurtownia Towarów Krotkij Zamek“ (Eigentümer Krotkij, „Dziękuję“ (Eigentümer Fischmann). Sind das polnische Firmen oder jüdische?“

Galgenhumor.

Der Dichter und das Legehuhn.

Wir lesen in der „Deutsch. Illu. Ztg.“ folgende ernsthaft-komische Geschichte aus Deutschland:

Meine Eierfrau, mit der ich sonst sympathisiere, hat sich als Kanaille entpuppt. Nach den Gründen einer Preis-erhöhung befragt, antwortete sie bis gestern mit einem gottgegebenen Augenaufschlag. Jetzt — nachdem sie als Ein-wickelpapier den Handelsteil meiner Zeitung benutzt, be-hauptet sie, sie müsse „ihre Substanz“ erhalten.

Indessen erinnere ich mich, daß sie vor genau 1 1/2 Jahren ihr Geschäft mit zwei Pappschachteln, 30 Päckchen Vanille-pulver und 60 Eiern eröffnete. Sie trug eine blauefarbene Schürze, die sie fleidete. . . . Heute schäme ich oberfläch-lich: 1 1/2 Zentner Margarine I, 1 1/2 Zentner Butter II, 500 Büchsen eingemachte Pflaumen, 500 Gläser Mienenhonig, 3000 Eier, eine Dezimalwaage, eine Apothekermasse, eine junge Verkäuferin. Die junge Verkäuferin trägt jene blau-farbierte Schürze, die die Eierfrau trug, als sie in die Manege trat. Jetzt hat sie Montags eine Bluse mit Pelz-beflag, Dienstags einen orangefarbenen Jumper, Mittwochs geschlossene, Donnerstags jour fix, Freitags Knicker und Sonnabends eine Aushilfskraft, ein Geheimratsstöcklein, deren blaue Augen so lustig sind, daß man — weinen möchte.

Während es ihr nun gelang, die Substanz sozusagen zu erhalten, fiel mir auf, daß meine Substanz sich von Früh-lich zu Frühlich verringerte. Vor 1 1/2 Jahren besaß ich eine Bibliothek von 200 Bänden der klassischen und modernen Literatur. Heute besitze ich den dritten Band Schopenhauers, Friedrich Gerstäckers „Regulatore“, Eusebius Willers „An-fangsgründe der Kosmologie“ und die „Preussische Felddienst-ordnung“.

Die Ursache ist einfach. 1923 stellte ich fest, daß mein Verleger für ein Gedicht genau dieselbe Summe bezahlte, mit der ein Huhn für die Produktion eines Eis honoriert wird, woraus sich ergibt, daß es ebenso praktisch ist, Eier zu legen, wie Gedichte zu machen. Während jedoch ein Legehuhn etwa 100 Eier im Jahre zur Welt bringt — eins so rund wie das andere —, ist es mit einem Dichter, der in dieser Zeit ebensoviel Gedichte macht, so eine Sache. Aber

Schließlich wirft die „Gazeta“ dem „Kurjer“ vor, er hätte erst vor wenigen Tagen Milliardenbestel-lungen auf Papier bei einer jüdischen War-schauer Firma gemacht und der Vermittler bei diesem Geschäft sei ebenfalls ein Jude gewesen. Es frage sich, wie dieser Herr Wasser-mühl in das Geschäftsfeld des „Kurjer“ hineingelangt sei, da doch am Eingang deut-lich zu lesen sei: „Juden ist der Eintritt ver-boten!“

„Wahrhaftig“, ruft die „Gazeta Poznańska“ am Schluß ihres Aufsatzes aus, „es ist höchste Zeit, daß die vom Sejm angekündigten Pressegesetze in Kraft treten, denn sonst wird diese Demoralisierung und der Schwund der Ethik in bedrohlicher Weise um sich greifen!“

Der Westmarlenverein (D. R. 3.)

Wie der „Kurjer Poznański“ schreibt, macht der West-marlenverein in der letzten Zeit energische Anstren-gungen, seine Organisation durch Gründung weiterer Orts-gruppen auszubauen. So wurden letzthin Orts-gruppen errichtet in Dwinak, in Grabowo, Kreis Schildberg, und in Rogasen, eine weitere sollte in Kem-pen für den ganzen Kreis gegründet werden. In Kempen hat sich nach der oben bezeichneten Quelle eine Ortsgruppe bisher „aus Mangel an Leuten“ nicht bilden lassen. Am 30. d. M. sollen in mehreren Orten des Kreises Schild-berga Ortsgruppen gegründet werden.

Zum Schluß schreibt der „Kurjer Poznański“, in der West-marke bestehe das Verständnis dafür, daß man alle Kräfte zusammenfassen müsse, zum Kampfe mit dem bis heute noch mächtigen deutschen Element. Daß diese Auffassung im Westgebiet bestehe, möchten wir zur Ehre seiner polnischen Bewohner bezweifeln; denn aus der Mitteilung des „Kurjer Poznański“ geht klar hervor, daß die neuen Ortsgruppengründungen mit einer einzigen Aus-nahme (Rogasen) nicht aus der Initiative der Orts-eingesessenen hervorgegangen sind, daß es sich vielmehr um Posener Importware handelt. Charak-teristisch ist auch, daß es in Kempen nach der Meldung des „Kurjer“ bisher „an Leuten gefehlt“ habe, um die Ar-beit zu beginnen. Nun, Kempen ist nicht ein kleines Dorf, sondern ein Städtchen von einigen Tausend Einwohnern; also Leute gab's und gibt es dort genug, aber anscheinend gab's keine, die Lust hatten, den „Kampf“ gegen die Deutschen — und das ist doch, wie der „Kurjer“ heute ausdrücklich schreibt, der Zweck der Übung — vom Zaun zu brechen und damit das öffentliche Leben zu vergiften. Wenn zehn streitlustige Männer gegen einen fried-ferigen kämpfen, so kommt manchem Polen dabei der Ge-danke, ob dieser Kampf ehrenwert und mit der Würde ihrer Nation vereinbar sei. Wie sagte doch Witos, als er am 16. d. M. die Landwirtschaftliche Ausstellung eröffnete? — „Man muß einmal aufhören mit dem übertriebenen Chauvinismus.“

Unter „Freunden“.

Weitere Nachrichten über die Lage der polnischen Arbeiter in Frankreich.

Polnische Blätter raten fortwährend jedem, der die Absicht hat, nach Frankreich auszuwandern, sich die Sache vorher recht gründlich zu überlegen, da es den Aus-wanderern in Frankreich an sehr vielem fehlt, was zum Leben und zur Zufriedenheit notwendig erscheint. So schreibt neuerdings ein Arbeiter, der nach dem gelobten Land unserer „Freunde“ ausgewandert war:

„Der polnische Arbeiter, der keine entsprechende Arbeit in der Industrie oder auf dem Lande findet, hat sehr schwere Existenzbedingungen. Besonders die polnische Arbeiterin muß sehr auf ihrer Hut sein. Wenn sie in einem französischen Hause einen Dienst annimmt, findet sie sehr häufig eine Atmosphäre, die sehr leicht ihre moralischen Grundsätze untergraben kann. Sie findet dort Bücher und französische Zeitungen, die den Gipfel der Unanständigkeit bilden. Die religiöse Übung ist gleichfalls mit sehr viel Schwierigkeiten verbunden, da die französischen Arbeitgeber Verpflichtungen dieser Art nicht anerkennen. Der Verfasser des Briefes gibt ein Beispiel an, wonach ein Arbeitgeber den polnischen Arbeitern den ihnen zustehenden Lohn für den Sonntag verweigerte, da sie an diesem Tage nicht gearbeitet hätten, obgleich im Kontrakt die Bezahlung für den Sonntag vorbehalten war. Deswegen sind in den Sonntags-gottesdiensten in den Kirchen nur sehr wenige Personen anwesend. Des weiteren betont der Briefschreiber die Miskunst des französischen Arbeiters, der in jedem ankommenden Polen einen Nebenbuhler erblickt, der ihm die Arbeit und den Verdienst wegnimmt. Die Arbeit-geber aber kümmern sich so gut wie gar nicht um die pol-nischen Arbeiter, sie haben lediglich ihr eigenes Interesse im Auge.“ Der Verfasser des Briefes gibt

auch bestenfalls hätte es seine Schwierigkeiten, mit einem Drittel Ei pro Tag — 100 Eier pro Jahr — den Magen zu befragen, die Miete, die Gasrechnung, die Briefmarke und das Schärpen der Nasenklängen.

Alles in allem muß festgehalten werden, daß ein Sohn imhände ist, mit seiner natürlichen Produktion nicht nur sich zu erhalten, sondern auch den Züchter, den Aufkäufer, den ersten Zwischenhändler, den zweiten Zwischenhändler, den Großhändler, den zweiten Großhändler, die Markthalle und die Substanz meiner Eierfrau. Ich hingegen, mit meiner Produktion, bin eine ständige Gefahr des Ver-legers, des Druckers, des Sortimentsbuchhändlers.

Wenn die Regierung sich um die Eier kümmert, sollte es möglich sein, meine ich, daß sie sich mal um die — Dichter kümmert; wenn es gehen sollte. Das Mindeste, was wir verlangen, ist, in die soziale Stellung eines Legehuhns ein-gereiht zu werden. —

Der Vogel.

Es sitzt ein Vogel auf dem Baum.
Er flattert sehr und kann nicht heim.
Ein schwarzer Rater schleicht heran,
Die Krallen schärft, die Augen glüh.
Am Baum hinauf und immer höher
Kommt er dem armen Vogel näher.
Der Vogel denkt: Weil das so ist
Und weil mich doch der Rater frist
So will ich keine Zeit verlieren.
Will noch ein wenig quinquillieren
Und lustig pfeifen wie zuvor.
Der Vogel, scheint mir, hat Humor.

Wilhelm Busch.

Kleine Rundschau.

* **Kurioses vom Uhrensammlern.** Das Sammeln alter kostbarer Uhren bildet eine besonders blühende Modelie-haberei, und kürzlich wurden bei einer Uhrenversteigerung in Frankfurt Millionenpreise gezahlt. Kurioses über dieses eigenartige Sammlergebiet wird im neuesten Heft des bei

zum Schluß jedem Sammler den Rat, er möchte, wenn es irgend ginge, im Lande bleiben, und er sollte sich nicht ein-bilden, daß in Frankreich ideale Verhältnisse beständen. Eine Menge Arbeiter, die seit Monaten in Frankreich weilten, hätten die feste Absicht, nach Polen zurückzu-kehren, sobald ihr Arbeitsvertrag abgelaufen sei.

Juristische Rundschau.

Das Problem der Geldentwertung.

Von Rechtsanwalt Wilhelm Spitzer-Bromberg.

III.

Der dritte Hauptfall, in dem die Geldentwertung zum Problem der Gesetzgebung und Rechtsprechung geworden ist, ist der Fall der Darlehensgläubiger aus der Zeit mit vollwertigem Gelde, also der der Inhaber von Sparfahrguthaben, Industrieobligationen, Staats- und Kommunalpapieren usw., sowie der Hypotheken-gläubiger. Obwohl vom Gesichtspunkte der Billigkeit zwischen allen diesen kein Unterschied besteht und wenn für den einen die Aufwertung seiner Forderung recht sein sollte, dasselbe den anderen billig sein müsste, so hat sich das Problem — zunächst wenigstens — auf die Hypothekengläubiger konzentriert. In dieser Frage ist ein überaus heftiger Streit der Meinungen entbrannt, der hier nicht erörtert werden kann, zu dem nur bemerkt werden muß, daß die Entscheidung auf diesem Gebiet in der Tat überaus schwer ist, da sowohl für das „Für“ als auch für das „Wider“ schwerwiegende Gründe angeführt werden. Um ein Bild von den bisherigen praktischen Ergebnissen der Streitfrage zu geben, sei folgendes festgestellt: Ein Eingreifen der Gesetzgebung ist in Polen sowie in Deutschland bisher abgelehnt worden. Insbesondere hat man in Deutschland den Erlaß eines sogenannten Sperrgesetzes abgelehnt, d. h. eines Gesetzes, durch das Kündigungen von Hypo-then für eine gewisse Zeit unmöglich gemacht werden sollten. In der freien Stadt Danzig ist — soviel mir bekannt — ein Sperr-gesetz angenommen worden.

Was die Rechtsprechung anbetrifft, so haben in letzter Zeit zahlreiche Gerichte einen der Aufwertung günstigen Stand ein-genommen. Neulich sind bereits in der „Rundschau“ zwei Urteile, eins des hiesigen Bezirksgerichts, eins des Bezirksgerichts in Königs, wiedergegeben worden, durch die die Lage des Schuldners auf Beseitigung gegen Angebot der nominalen Summe der Gold-hypothek in Papiermark abgewiesen wurde. Die wiedergegebene Begründung der Urteile deckt sich im Wesentlichen mit dem, was von den Verfechtern der Aufwertung dafür angeführt wird. Bekannt geworden ist ferner ein Urteil des höchsten Gerichts in Warschau, nach dem Hypotheken in Goldrubeln nicht nach dem offiziell festgesetzten Kurse des Rubels — über 2 Papiermark, sondern entsprechend der Versteigerung des verpfändeten Grund-stücks zurückzuzahlen sind. Eine Entscheidung des höchsten Ge-richts für das hiesige Gebiet ist noch nicht bekannt geworden. Die Sache liegt für uns durch das Valutagesetz vom 20. 11. 1910 immerhin etwas anders als in Konkretholen. Das Obergericht in Danzig, sowie einige Oberlandesgerichte in Deutschland (Kassel) haben ebenfalls Klagen von Goldhypothekenschuldnern auf Beseitigung gegen Angebot der Nominalsumme abgewiesen. Das Reichsgericht hat, soweit bekannt, noch nicht geurteilt. In Kürze dürfte höchst-richtliche Entscheidung die Klärung der Frage bringen.

Die größten Hypothekengläubiger sind die Hypothekenbanken und die Sparfassen. Es scheint, als ob diese Institute den größten Teil der ausgeliehenen Gelder von den Schuldnern im Nominal-betrage bereits entgegengenommen haben. Soweit sie jedoch durch eine Aufwertung der Hypotheken begünstigt werden sollten, würde die Frage entstehen, inwieweit an dieser Begünstigung die Gläu-biger der Banken und Sparfassen Anteil haben sollen, inwieweit also Sparfahrguthaben, die in Goldwährung eingezahlt worden sind, aufzuwerten seien. Die Gerechtigkeit würde eine solche An-teilnahme verlangen. Insofern ergibt sich also vielleicht auch für den Besitzer eines Sparfahrguthabens aus dem goldenen Zeitalter die Möglichkeit einer Aufwertung.

Die Geldentwertung als Problem der Rechtsprechung und Ge-setzgebung bespricht in ausführlicher Weise ein kürzlich erschienenes Sammelwerk — die Geldentwertung in der Praxis des deutschen Rechtslebens, 1923, Verlag von Herrmann Sad, Berlin W. 35. Das Problem wird hier in Beiträgen verschiedener Autoren nach seiner grundsätzlichen Seite, nach den bisherigen praktischen Er-gebnissen sowie den aufzustellenden Forderungen eingehend er-örtert. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Beitrag von Privatdozent Dr. Roth, der überzeugend nachweist, daß Berücksichtigung der Geldentwertung letzten Endes in der Rechtsprechung nur möglich ist, wenn man bekennet, „daß neben der durch den rechtsgeschäftlichen oder gesetzlichen Willen geschaffenen Ordnung auch noch eine andere Kraft wirksam und bedeutsam ist. Und das ist die Billigkeit“, der die Funktion zuzubilligen ist, „nachträglich und von außen her umgestaltet in bestehende Rechts- und Ver-tragsverhältnisse einzugreifen“. Andere Beiträge behandeln die einzelnen Fragen unter Berücksichtigung von Rechtsprechung und Literatur. In besonders vollständiger Form ist der Beitrag „Hypothekensicherungen und Industrieobligationen“ gehalten. Das Werk, das in erster Linie für Juristen berechnet ist, wird auch von Geschäftsleuten und Laien mit Nutzen gelesen werden können.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Zeitungen und Einläufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf dasselbe beziehen zu wollen.

Erich Reiss in Berlin erscheinenden „Sammel-Kabinett“ erzählt. Wenn man sagt, man sammle „Taschenuhren“, so ist das eigentlich nicht ganz richtig, denn diese köstlichen, edelsteinbesetzten, reich emaillierten und schön bemalten Kleinodien sollten ja kein unbeobachtetes Leben im Dunkel der Tasche führen, wie die einfachsten ältesten eisernen Sa-uhren oder die „Münzberger Eier“, sondern sie wurden als Schmuck um den Hals getragen, und die hirschenförmigen Ge-häuse zeigten reiche, edle Goldschmiedearbeit. Erst in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts verschwindet die Uhr in der Tasche und verliert ihre Schönheit, bis das beginnende Rokoko den Chronometer wieder sichtbar macht, ihn am Gürtel erscheinen läßt oder im Vorgehen, im Federhalter oder Nadelbüchsen, in der Tabatiere oder Bonbonniere, mit seiner Vorliebe fürs Winzige Uhren von außerordent-licher Kleinheit herstellt, Uhren mit Glodenspielen, singenden Vögeln und allen möglichen sich bewegenden, musizierenden Automaten. Solche erlesenen und kuriosen kleinen Kunst-werke sind es, die unsere Sammler anziehen, herrliche Bei-spiele der deutschen Goldschmiedekunst und des Feinschmit-tes der Renaissance, der Emailmalerei des Barock, der ver-schwendischen Ornamentik des Rokoko. Die Uhr als Mei-sterwerk der Feinmechanik, als Zeugnis der technischen Ent-wicklung interessiert nur den Wissenschaftler und vielleicht den Dichter, der überall das pulsende Leben sucht und das schönste Gehäuse einer Uhr ohne das Werk als tot empfin-den mag. So sammelte Marie von Ebner-Eschenbach Uhren, als besessene Wesen, deren Herzschlag man liebevoll lauscht, wie sie es in „Votti, die Uhrmacherin“ geliebt. Sie interessierte die Geschichte der Uhrmacherkunst; sie lernte die „kleinen Instrumente“ reinigen und zusammen-legen; sie träumte den Erfinder- und Lebensschicksalen nach, die mit diesen „Kündern der Vergänglichkeit“ verknüpft ge-wesen. So ist ihre reiche Sammlung, die jetzt die Stadt Wien in ihrem Rathaus aufgestellt hat, nicht nur ein Stück Geschichte, sondern zugleich ein Dokument ihres einzigarti-gen Dichtertums. Dem Uhrensammler von heute ist es gleichgültig, ob eine alte Uhr noch geht oder nicht: er schätzt sie nicht als Instrument, sondern als Kunstwerk. Nur so-lange die Uhr ein reiches und schönes, oft bizarres Kunst-werk war, lockt sie den Sammler an; wenn sie zur „Präzi-sionsmaschine“ wird, verliert sie ihre Seele und damit auch ihren faszinierenden Reiz für den Sammler.

(Kirchenst.), pt. 1. 1000